

SP SCHWEIZ GESCHÄFTSBERICHT 2018–2019

Verabschiedet von der Geschäftsleitung am 28.02.2020
zuhanden des Parteitags vom 4./5. April 2020 in Basel

Der Geschäftsbericht 2018 - 2019, verfasst in der jeweiligen Muttersprache der Verfasser_innen,
ist aus Umwelt- und Kostengründen nur elektronisch verfügbar und wird nicht mehr gedruckt und
verschickt.

Er kann unter www.spschweiz.ch/parteitag2020 heruntergeladen werden.



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage	3
Eidgenössische Wahlen 2019	7
Rapport du Groupe socialiste aux Chambres fédérales.....	9
JUSO Schweiz.....	13
SP Frauen*	16
SP60+ erneuert sich	18
SP MigrantInnen	21
Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé.....	24
Fachkommission Verkehr und Kommunikation.....	26
Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung	30
Commission spécialisée « Recherche, formation et culture »	33
Fachkommission für Migration und Integration.....	35
Fachkommission für Staat und Recht	36
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	38
Fachkommission Landwirtschaft.....	39
Fachkommission für Aussenpolitik	40
Subkommission Schweiz – EU.....	42
Fachkommission für Frieden und Sicherheit	43
AG Wirtschaftsdemokratie.....	45
Parteiinterne Bildung in den Jahren 2018 und 2019.....	47
Mitgliederentwicklung	48

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage

Präsidium

Das Präsidium der SP Schweiz ist gemäss Statuten das operative Führungsorgan der Partei. Es trifft sich rund alle zwei Wochen. Seit Anfang 2019 finden – sofern nicht gerade Session ist – die Sitzungen des Parteipräsidiums in den Räumlichkeiten des Zentralsekretariats am Theaterplatz 4 in Bern statt.

Im Berichtszeitraum 2018/2019 gab es folgende personelle Wechsel: Per 1. Mai 2018 übernahmen Rebekka Wyler und Michael Sorg das Generalsekretariat der SP Schweiz von Flavia Wasserfallen und Leyla Gül. Als Co-Generalsekretärin und Co-Generalsekretär sind sie gemäss Statuten auch Mitglieder des Präsidiums. Und am Parteitag vom 1./2. Dezember 2018 in Brugg Windisch wurde Ada Marra als Nachfolgerin von Géraldine Savary neu zur Vizepräsidentin der SP Schweiz gewählt. Weitere Mitglieder des Präsidiums in den Jahren 2018 und 2019 waren: Christian Levrat (Präsident), Marina Carobbio, Tamara Funiciello, Barbara Gysi, Beat Jans sowie Roger Nordmann (als Fraktionspräsident von Amtes wegen).

Ein immer wiederkehrender Schwerpunkt der Präsidiumssitzungen waren in den Jahren 2018 und 2019 die nationalen Wahlen 2019. Insbesondere an den zweitägigen Klausursitzungen zu Beginn des Jahres befasste sich das Präsidium intensiv mit den strategischen und operativen Fragen des Wahlkampfes. Die Festlegung der vier Schwerpunktthemen – Klima, Gleichstellung, Krankenkassen, Arbeit – war ein Resultat dieser Beratungen. Ebenfalls in Vorbereitung der nationalen Wahlen 2019 führte das Parteipräsidium eine „Tour des Cantons“ mit Besuchen bei allen 27 Kantonalparteien durch.

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung der SP Schweiz gehören neben dem Präsidium die Präsident_innen der drei grössten Kantonalparteien (ZH, BE, VD) an. Daneben vertreten zwei weitere von der Koordinationskonferenz (Koko) gewählte Personen die Kantonalparteien. In dieser Funktion wählte die Koko am 4. Juli 2019 Barbara Lanthemann (PSVR) als Nachfolgerin des zurückgetretenen Yann Hulmann (PS NE). Als zweiter Koko-Vertreter wurde Martin Pfister (SP AI) bestätigt. Mit je zwei Sitzen sind die Juso, die SP60+, die SP MigrantInnen und die SP Frauen* Teil der Geschäftsleitung. Und schliesslich gibt es drei frei gewählte Geschäftsleitungsmitglieder, die vom Parteitag bestimmt werden. Dies sind Mario Carera sowie Gabriela Suter und Andreas Burger, die am Parteitag 2018 für die zurückgetretenen Vera Ziswiler und Filippo Rivola neu in die Geschäftsleitung gewählt wurden.

Die Geschäftsleitung hat 2018 und 2019 jeweils neun Mal getagt. Wie beim Präsidium war auch in der Geschäftsleitung die Vorbereitung der Wahlen 2019 ein stehendes Traktandum. Eine weitere zentrale Aufgabe der Geschäftsleitung ist die Vorbereitung der Delegiertenversammlungen und Parteitage. Dazu zählen insbesondere die programmatischen Papiere, welche an den Versammlungen beraten werden. Zwei besondere Schwerpunkte gibt es aus den Jahren 2018 und 2019 zu nennen: Zum einen die diversen Papiere zur Klimapolitik, welche an der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018 in Lausanne verabschiedet wurden. Und dann natürlich das neue Wirtschaftskonzept der SP Schweiz, welches nach monatelanger Vorarbeit am Parteitag 2018 beschlossen wurde.

Delegiertenversammlungen und Parteitag

DV vom 24. Februar 2018 in Altdorf UR

Die erste Delegiertenversammlung 2018 fand am 24. Februar in Altdorf im Kanton Uri statt, wo die SP mit Dimitri Moretti ihren einzigen Regierungsratssitz in der Zentralschweiz hat. Die abtretenden Generalsekretärinnen Flavia Wasserfallen und Leyla Gül wurden von den Delegierten mit einer Standing Ovation verabschiedet. An ihrer Stelle wurden Rebekka Wyler und Michael Sorg gewählt, ebenfalls als Co-Generalsekretariat.

Inhaltlicher Schwerpunkt der DV war ein Analysepapier unter dem Arbeitstitel „Wirtschaft 4.0“ als Vorprojekt zum neuen Wirtschaftskonzept der SP Schweiz. Die Delegierten konnten mit Motionen Anregungen für die Ausarbeitung des Wirtschaftskonzepts einbringen. Nicht weniger als 60 solcher Motionen wurden eingereicht und von der DV behandelt. Sie flossen direkt in die weiteren Arbeiten am Wirtschaftskonzept ein.

Für die Volksabstimmungen vom 10. Juni 2018 beschlossen die Delegierten mit 87 zu 40 Stimmen die Nein-Parole zur Vollgeld-Initiative und mit 90 zu 36 Stimmen (10 Enthaltungen) die Ja-Parole zum Geldspielgesetz.

DV vom 23. Juni 2018 in Lausanne VD

Die Juni-Delegiertenversammlung stand ganz im Zeichen der Klimapolitik. Die SP wählte das Thema Klima zu einem Zeitpunkt, wo es in den Medien noch wenig Beachtung fand. Eher spärlich war denn auch die Berichterstattung. Offenbar fanden es die Medien im Sommer 2018 wenig interessant, was die SP zur Klimapolitik zu sagen hatte. Das wäre nur ein paar Monate später wohl ganz anders gewesen.

Nach einem Inputreferat des Klimaforschers Prof. Dr. Thomas Stocker, das bei den Delegierten viel Anklang fand, folgten Referate von Roger Nordmann zur Energie- und Verkehrspolitik sowie von Beat Jans zur Rolle des Finanzplatzes. In der Folge wurden die 22 Anträge zum Positionspapier „Verkehr und Finanzplatz als blinde Flecken der Schweizer Klimapolitik: SP will Taten statt Illusionen“ behandelt. Das Positionspapier wurde mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Mit einem Video und Ansprachen von Tamara Funicello, Natascha Wey, Martine Docourt und Marianne de Mestral wurde das „Frauenjahr“ der SP eingeläutet. In diesem Zusammenhang nahm die Delegiertenversammlung auch vier Anträge der SP Frauen* zur Frauenförderung und zur paritätischen Ausgestaltung der Wahllisten im Hinblick auf die Wahlen 2019 an.

Schliesslich fassten die Delegierten die Parolen für die Abstimmungen vom 23. September 2018. Für die Fair-Food-Initiative sowie für die Initiative für Ernährungssouveränität beschloss die DV jeweils deutlich die Ja-Parole, obwohl die Geschäftsleitung auf Stimmfreigabe plädiert hatte. Unbestritten waren hingegen die Ja-Parole zur Velo-Initiative sowie die Nein-Parolen für die Abstimmungen vom November 2018 zur „Selbstbestimmungs-Initiative“ der SVP sowie für das Referendum gegen die Sozialdetektive.

Ausserordentliche DV vom 29. September 2018 in Olten SO

Eine Besonderheit in der Berichtsperiode war die ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 29. September 2018 in Olten. Zentrales Traktandum war die Festlegung der Parteiposition zur Vorlage über die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF). Da die Position intern umstritten war, setzten Präsidium und GL direkt auf den Tag nach der Schlussabstimmung im Parlament eine ausserordentliche Delegiertenversammlung an. Nach intensiver, fairer und inhaltlich sehr anspruchsvoller Debatte fassten die Delegierten mit 148 zu 68 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Ja-Parole.

Weiter fasste die DV die Ja-Parole zur Hornkuh-Initiative. Und die Delegierten sprachen sich einstimmig dafür aus, die Lancierung der Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative) zu unterstützen, falls der Bundesrat am Entscheid, die Kriegsmaterialverordnung weiter zu lockern, festhalten würde.

Parteitag vom 1./2. Dezember 2018 in Brugg/Windisch AG

Im wunderbaren Campus-Saal in Windisch fand der traditionelle zweitägige Parteitag der SP Schweiz statt. Wie es sich für einen Parteitag gehört, kamen die zahlreich anwesenden Delegierten in den Genuss von spannenden Reden prominenter Gäste. Sowohl Bundespräsident Alain Berset wie auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga hielten eine Rede. Als weitere Referentinnen traten am Samstag Liliane Maury Pasquier, SP-Ständerätin und ihres Zeichens Präsidentin des Europarats, und am Sonntag Nationalratspräsidentin und SP-Vizepräsidentin Marina Carobbio sowie Paulo Pisco, sozialdemokratischer Abgeordneter im portugiesischen Parlament, auf.

Das wichtigste Traktandum des ersten Verhandlungstags war das neue Wirtschaftskonzept der SP Schweiz. Digitalisierung, Globalisierung, Klimakrise – vor dem Hintergrund dieser grossen Herausforderungen hat die SP Schweiz in Brugg/Windisch ihr neues Wirtschaftskonzept «Unsere Wirtschaft» intensiv diskutiert und verabschiedet. Das in einem partizipativen, basisdemokratisch abgestützten Prozess erarbeitete wirtschaftspolitische Konzept definiert für die nächsten zehn Jahre die wichtigsten handlungspolitischen Felder. Die von der Arbeitsgruppe um Vizepräsident Beat Jans vorgelegte Version basierte auf den Motionen, welche die DV vom Februar in Altdorf verabschiedet hatte. Für den Parteitag selbst waren 95 Anträge zum Wirtschaftskonzept eingereicht worden, die allesamt behandelt wurden. In der Schlussabstimmung wurde das neue Wirtschaftskonzept der SP Schweiz mit 340 zu 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Der zweite Verhandlungstag wurde mit der Erneuerungswahl für Präsidium und Geschäftsleitung eröffnet. Für das Präsidium wurden Christian Levrat sowie Marina Carobbio, Beat Jans, Tamara Funicello und Barbara Gysi einstimmig wiedergewählt. Als Nachfolgerin von Géraldine Savary wählte der Parteitag Ada Marra zur Vizepräsidentin. Für die frei zu besetzenden Sitze in der Geschäftsleitung wurden Mario Carera (bisher) sowie Gabriela Suter und Andreas Burger (beide neu) gewählt.

Gemäss Statuten obliegt der Entscheid über die Lancierung von Volksinitiativen dem Parteitag. Die Prämien-Entlastungs-Initiative wurde mit nur einer Gegenstimme beschlossen. Ebenfalls angenommen wurde ein weiterer Antrag auf Ausarbeitung einer Steuerharmonisierungs-Initiative. Als Folge des Parteitags-Entscheid wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. Schliesslich sprachen sich die Delegierten einstimmig für die Unterstützung des Frauenstreiks vom 14. Juni 2019 aus.

DV vom 2. März 2019 in Goldau SZ

An ihrer Delegiertenversammlung in Goldau hat die SP einstimmig das Positionspapier «Arbeit und Ausbildung für alle» verabschiedet und gefordert, dass eine Milliarde Franken aus den Überschüssen des Bundes jährlich in einen Bildungsfonds fliessen, um eine solche Bildungsoffensive zu unterstützen. Dieser Bildungsfonds finanziert Weiterbildungen, die zu keinen Arbeitsunterbrüchen führen und in einen eidgenössisch anerkannten Abschluss münden. Er sorgt dafür, dass die Lebenshaltungskosten während dieser Zeit gedeckt sind. Davon profitieren Langzeitarbeitslose, Ausgesteuerte, Zugewanderte, Menschen über 50, Jugendliche, die es schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen, und Frauen, die nach einer Mutterschaft den Wiedereinstieg ins Berufsleben schaffen wollen.

Auch die übrigen drei Wahlkampfthemen Gleichstellung, tiefere Krankenkassenprämien und Klima wurden von den Delegierten in Goldau intensiv diskutiert. So sprachen die Delegierten etwa den Klimastreikbewegungen ihre Solidarität aus und stimmten für die Unterstützung der Gletscher-

Initiative. Schliesslich fassten die Delegierten mit 106 zu 1 Stimmen die Ja-Parole für die Abstimmung vom 19. Mai zum EU-Waffenrecht.

Zu Beginn der DV hatte sich SP-Präsident Christian Levrat an die Delegierten gewandt: «Wir sagen Ja zu Europa, Ja zum Lohnschutz, Ja zu Schengen und Ja zur Steuer- und AHV-Vorlage (STAF). Diese Überzeugungen sind konkreter, solider und konstruktiver, als in der Europapolitik einfach sein Fähnchen in den Wind zu hängen und sich nach der aktuellen Mode zu richten.»

DV vom 30. November 2019 in Bern

Sechs Wochen nach den nationalen Wahlen war das Haupttraktandum der DV natürlich die Aufarbeitung des Wahlergebnisses. Die Geschäftsleitung hatte als Diskussionsgrundlage ein Papier mit acht Feststellungen zum Wahlergebnis vorgelegt. Auf dieser Basis legten die Delegierten in einer gut zweistündigen, offenen Diskussion ihre Schlussfolgerungen und Erkenntnisse dar. Trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses für die SP sind die Erwartungen an das neue Parlament hoch: „Wir haben das progressivste Parlament seit Jahrzehnten. 2023 wollen wir auf erhebliche Fortschritte in den Bereichen Klimapolitik, Renten, Prämien und Europa zurückblicken können“, sagte SP-Präsident Christian Levrat an seiner letzten Delegiertenversammlung.

Nach der Vorstellung der neugewählten Mitglieder der Bundeshausfraktion stellten sich die Delegierten in Bern zudem hinter eine Reihe von Referenden. So sagten sie jeweils deutlich Nein zum Steuerbonus für reiche Eltern, zur Änderung des Zivildienstgesetzes, zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, zum E-ID-Gesetz sowie zum Jagdgesetz.

Angenommen wurde eine Resolution zur Konkretisierung der beiden Initiativprojekte zu den Themen Elternzeit und Lohngleichheit, die im Nachgang an den Frauenstreik aufgegleist wurden und nun Gegenstand laufender Gespräche mit Bündnispartnern sind.

Rebekka Wyler und Michael Sorg, Co-Generalsekretariat SP Schweiz

Eidgenössische Wahlen 2019

Bei den Wahlen 2019 trat die SP in 24 Kantonen zu den Nationalratswahlen an (nur in AR und NW gab es keine SP-Kandidaturen). In 16 Kantonen trat die SP auch zu den Ständeratswahlen an. Alleine auf den Hauptlisten der SP stellten sich über 250 SP-Kandidat_innen zur Wahl. Dazu kamen nochmals über 100 SP-Kandidat_innen auf Unterlisten.

Die SP Schweiz führte wie bei den vorhergehenden Wahlen eine nationale Dachkampagne mit einheitlichem visuellem Auftritt durch. Ausserdem stellte sie den Kandidierenden sowie den Kantonalparteien zahlreiche Dienstleistungen zum Angebot. Wichtigstes Angebot war sicher die „Basis-kampagne“, welche nach 2015 zum zweiten Mal durchgeführt wurde. In der heissen Phase des Wahlkampfes wurden rund 105'000 direkte Gespräche mit Wähler_innen geführt, 15% mehr als 2015. 3'500 Mitglieder haben an den Anlässen der Basiskampagne teilgenommen. Und mit den „Tür-zu-Tür-Gesprächen“ wurde ein neues Basiskampagnen-Element erfolgreich getestet und eingeführt.

Das Gesamtbudget der SP Schweiz für die Wahlen 2019 betrug 1,45 Millionen Franken. Damit lag es ungefähr im gleichen Bereich wie 2015.

Die Wahlen vom 20. Oktober 2019 brachten für Schweizer Verhältnisse geradezu erdrutschartige Verschiebungen. Die Grünen – und in etwas geringerer Masse die Grünliberalen – legten zusammen um 26 Sitze zu (17 für die Grünen, 9 für die Grünliberalen). Die SP verlor 2 Prozentpunkte und 4 Sitze.

Im Hinblick auf die Delegiertenversammlung vom 30. November 2019 hatte die Geschäftsleitung acht Feststellungen zum Wahlergebnis vorgelegt. Diese sollen hier in verkürzter Form wiedergegeben werden:

Feststellung 1: Die linke Wählerschaft wollte ein möglichst starkes Zeichen für das Klima setzen. Das ist ihr gelungen.

Die Wahl 2019 war eine „Klimawahl“. Alle Zahlen und Studien zeigen, dass die SP primär an die Grünen verloren hat und nur zu einem geringen Teil an die GLP. Die Stammwählerschaft hat auch 2019 SP gewählt. Entscheidend für das Wahlergebnis waren aber jene linken Wählenden, die nicht fix an eine Partei gebunden sind. Sie haben grossmehrheitlich Grüne gewählt, weil der Klimawandel für die linke Wählerschaft das dringendste Problem war. Die Wahl der Grünen war für die Wechsel- und Neuwählenden das stärkstmögliche Zeichen für mehr Klimaschutz.

Feststellung 2: SP und Grüne wurden inhaltlich in weiten Teilen als deckungsgleich und damit austauschbar angesehen.

Wir haben im Wahlkampf immer wiederholt, dass die SP in weiten Teilen die gleiche Klimapolitik verfolgt wie die Grünen. Das trifft zu, ist in der Wirkung auf die Wählerschaft aber zwiespältig. Wir haben so die Botschaft ausgesendet, dass es politisch keinen Unterschied macht, ob man Grüne oder SP wählt. Man erhält die gleiche Politik dafür, nur das Signal ist unterschiedlich. Wenn wir als politisch austauschbar mit anderen Parteien angeschaut werden, verlieren wir Wählerstimmen.

Feststellung 3: Der Gegenpol zur SVP waren in diesen Wahlen die Grünen, nicht die SP.

Nicht nur diejenigen, die ein Signal für Klimapolitik setzen wollten, wählten die Grünen. Die Grünen waren in dieser Wahl auch der Gegenpol für all jene, die Anti-SVP wählen, weil sie sich von der Politik oder der Propaganda der SVP abgestossen fühlen.

Feststellung 4: Die „traditionellen Parteien“ haben schlecht abgeschnitten, weil es einen starken Wunsch nach neuen, unverbrauchten Kräften gab.

Im medialen Getöse ging etwas vergessen, dass nicht nur die SP verloren hatte. Auch CVP und FDP haben das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Und die SVP musste das schlechteste Ergebnis seit 1999 hinnehmen. Es gab offenbar ein starkes Bedürfnis nach „neuen“ Parteien. Für viele Wählende, die – gerade in der Klimapolitik – mit der herrschenden Politik nicht zufrieden waren, war die SP darum nicht Teil der Lösung.

Feststellung 5: Die SP konnte nicht vom Frauenstreik profitieren, weil es den Bürgerlichen gelang, die Gleichstellung auf die Frage der Repräsentanz zu reduzieren.

Der von bürgerlichen Frauen kreierte Slogan „Frauenwahl“ hat die gleichstellungspolitischen Inhalte geschickt in den Hintergrund gerückt. „Hauptsache Frauen wählen, egal von welcher Partei“, lautete die Botschaft. Die übrigen Forderungen des Frauenstreiks haben hingegen im Wahlkampf kaum noch eine Rolle gespielt.

Feststellung 6: Mit Klima, Gleichstellung und Krankenkassen-Prämien hat die SP auf die richtigen Themen gesetzt. Die SP wurde aber mit keinem dieser Themen identifiziert.

Die Umfragen vor und nach den Wahlen haben gezeigt, dass Klimawandel und Krankenkassen-Prämien die wichtigsten Themen sind. Auf linker Seite dicht gefolgt von der Gleichstellung. Mit der Auswahl der Wahlkampf-Themen lag die SP also richtig. Das Problem war, dass keines der Themen exklusiv der SP zugeschrieben wurde.

Feststellung 7: Die SP ist wieder mehr „Arbeiterpartei“, verliert dafür Wähleranteile bei den neuen Mittelschichten.

Die SP ist in ihrem klassischen Wählersegment nach wie vor stark verankert. Wir müssen uns jedoch Gedanken machen, wie wir die gut ausgebildeten Mittelschichten (wieder) stärker für die SP gewinnen können.

Feststellung 8: Ob die SP (zu) links oder (zu) rechts ist, war nicht die Frage.

Die Positionierung von Grünen und SP auf der Links-Rechts-Achse ist sowohl bei Kandidierenden als auch bei Gewählten praktisch identisch. Selbst bei Ständeratswahlen scheint die Positionierung auf dem Links/Rechts-Schema nicht die wesentliche Frage gewesen zu sein, denn sowohl Kandidaten, die sich eher im rechten Spektrum der Partei positionieren (z.B. Daniel Jositsch) als auch solche, die als sehr links eingestuft werden (z.B. Paul Rechsteiner) konnten sehr gute Resultate erzielen. Auch das unterschiedliche Abschneiden der verschiedenen Kantonssektionen lässt sich nicht mit der Positionierung auf der Links/Rechts-Achse erklären.

Rebekka Wyler und Michael Sorg, Co-Generalsekretariat SP Schweiz

Rapport du Groupe socialiste aux Chambres fédérales

Par Roger Nordmann, président du Groupe socialiste

Comme de coutume, ce rapport d'activité se concentre sur quelques grands dossiers, ce qui ne reflète naturellement pas l'immense largeur et la grande variété du champ d'activité du Groupe socialiste.

Mise en conformité internationale de la fiscalité des entreprises et consolidation de l'AVS

Après le blocage quasi complet, durant les deux premières années de la législature, la situation s'est légèrement décrispée.

L'événement le plus marquant est indubitablement le projet « réforme fiscale et financement de l'AVS » (RFFA), adopté au vote final en septembre 2018. Ce projet a été construit au Conseil des États, où nous sommes parvenus à imposer des compensations sociales équivalentes aux pertes fiscales inévitables lors de l'abandon du dumping fiscal en matière d'entreprise. Concrètement, après l'échec de la réforme III de l'imposition des entreprises (RIE III), que nous avons combattu avec succès en février 2017 devant le peuple, le Conseil fédéral a dû présenter un nouveau projet de mise en conformité fiscale internationale.

Le nouveau projet du Conseil fédéral, nettement meilleur que celui rejeté en votation populaire, coûtait cependant 2 milliards par année aux caisses publiques, conséquences inévitables de la fin du dumping en matière de fiscalité des entreprises. Nous avons obtenu en contrepartie un financement annuel de 2 milliards supplémentaires pour l'AVS. Cela permet de repousser de sept ou huit ans les déficits dans l'AVS et permet d'aborder le départ à la retraite des baby-boomers dans une situation plus confortable.

Le Groupe socialiste a soutenu, à une très large majorité, le projet qui a été confirmé lors d'une Assemblée des délégué-e-s extraordinaire à Olten en septembre 2018. En mai 2019, au terme d'une campagne relativement intensive, le projet a été accepté en votation populaire.

Politique climatique

Fin 2017, le Conseil fédéral avait présenté son projet de loi sur le CO₂ pour la période 2020-2030. Il s'agissait d'un projet dépourvu d'ambition, qui ralentissait la vitesse de réduction et continuait de miser sur des achats de réduction à l'étranger au lieu d'atteindre les objectifs en Suisse.

Au terme d'une année de délibération en commission, le projet est arrivé au plénum du Conseil national en décembre 2018 sous une forme toujours aussi médiocre, mais avec quelques légères améliorations par rapport au projet du Conseil fédéral.

La majorité « anti-climat » UDC et PLR a alors éviscéré le projet de quasiment toute la substance. Dans ces conditions, le Groupe socialiste s'est abstenu, car ce projet n'était plus digne d'être soutenu et mieux valait miser sur le Conseil des États puis les élections pour l'améliorer. Le projet a donc échoué au vote d'ensemble.

Au plan opérationnel, ce pari s'est avéré parfaitement juste, puisque le Conseil des États a repris les travaux à zéro en améliorant le projet du Conseil fédéral de manière relativement substantielle en particulier dans le domaine du bâtiment. À noter le rôle très favorable joué par notre conseillère fédérale Simonetta Sommaruga, qui a repris le département au 1^{er} janvier 2019. Au moment d'écrire ces lignes, la nouvelle délibération se poursuit de façon plutôt constructive au sein de la commission du Conseil national.

Au plan politique, le rejet de la loi a contribué à renforcer le mouvement populaire en faveur du climat, forçant d'ailleurs le PLR à réviser sa position.

Il est clair que le débat climatique a pesé très lourdement sur les élections octobre 2019, et que les événements de décembre 2018 au Parlement ont renforcé le mouvement, contribuant à l'essor majeur des partis verts. Cela s'est traduit par un effet positif, le renforcement des forces progressistes, et par un effet négatif, le transfert de voix socialistes vers les verts.

Globalement, au Conseil national, les premiers votes de la session de décembre 2019 montrent que les rapports de force se sont fortement déplacés en faveur de l'environnement.

Politique de défense

Notre délégation de la Commission de politique de sécurité a fourni un travail conceptuel absolument remarquable pour un *aggiornamento* de nos positions. Au lieu de nous contenter de dire « NON » aux dépenses excessives des milieux militaristes, elle a cherché à répondre à la question : « quelle politique de défense mènerions-nous si nous étions en charge du département ? »

Le résultat de ces travaux montre que, même du point de vue strictement militaire, la politique de prestige menée par le DPPS est complètement à côté de la plaque. Dans une analyse remarquable publiée par le conseiller national Pierre-Alain Fridez, on voit que l'accent doit bien davantage être mis sur la coopération que sur des moyens militaires mégalomanes.

En outre, comme le débat se concentrait sur la question de la police du ciel et de la défense aérienne, le Groupe socialiste a commandé une expertise qui a démontré que l'achat d'avions de combat ultra-performants ne répond pas aux menaces militaires les plus probables que sont les drones, les missiles de croisière et les missiles balistiques. Et que l'usage d'avions de combat lourds est totalement disproportionné pour plus de 80 % des missions de police du ciel. Nous avons donc proposé l'achat d'un avion de combat léger au lieu d'investir dans des « Maserati » pour remplir la mission de police du ciel. En disposant d'avions plus légers et beaucoup moins chers à l'exploitation pour la surveillance de l'espace aérien et pour l'entraînement, nous pourrions épargner les F/A-18, réduire leur usure et prolonger leur durée de vie jusqu'en 2040.

Bien entendu, le bloc bourgeois, y compris les verts-libéraux, n'a rien voulu savoir et a préféré dépenser 6 milliards pour des avions de combat, alors qu'un milliard aurait suffi avec des avions plus légers. Cela aurait permis de consacrer une partie des moyens économisés à améliorer les systèmes de radars et l'intégration des informations de surveillance aérienne.

Pour cette raison, nous avons lancé le référendum contre cette décision d'achat d'avions complètement disproportionnés et inefficaces.

Votations

Comme d'habitude, les membres de notre groupe se sont beaucoup engagés dans des campagnes de votation. Nous sommes en particulier parvenus à imposer le rejet de deux initiatives très dangereuses :

- celle qui voulait abolir le financement de la radiotélévision publique, ce qui aurait contribué à transformer la Suisse en un paradis des *fake-news* (fév. 18)
- et celle lancée par l'UDC qui voulait que la Suisse ne respecte plus le droit international (nov. 18).

Organisation interne

Après de longues discussions, nous avons réformé le système d'attribution des sièges de commissions du Conseil national. En effet, les batailles et les votations en plénum laissaient des blessures vives, ne permettaient pas de résultats très rationnels et donnaient finalement uniquement une prime à l'ancienneté.

Désormais, la compétence est octroyée à la Présidence du Groupe, qui se base sur les réponses à un questionnaire des préférences et formule une proposition dans l'intérêt général du Groupe. Si un membre du Groupe n'est pas satisfait, il peut demander le transfert de la décision au Comité du Groupe. Le transfert a lieu si lors du vote au plénum, il est approuvé par la majorité absolue des membres du Groupe (et pas seulement des présent-e-s).

Changement en cours de législature :

Brigitte Crottaz succède à Jean Christophe Schwab (début 2018)

Samira Marti succède à Susanne Leutenegger Oberholzer (décembre 2018)

Fabian Molina succède à Tim Guldemann (mars 2018)

Adrian Wüthrich succède à Alex Tschäppät, décédé (mai 2018)

Flavia Wasserfallen succède à Evi Allemann (mai 2018)

Daniel Frei succède à Chantal Galladé (novembre 2018)

A quitté le parti :

Daniel Frei

Ont renoncé à une nouvelle candidature en 2019 :

Conseil national :

Bea Heim

Margret Kiener Nellen

Jacques-André Maire

Silvia Schenker

Silva Semadeni

Manuel Tornare

Conseil des États :

Didier Berberat

Pascale Bruderer

Anita Fetz

Claude Janiak

Claude Hêche

Liliane Maury Pasquier

Géraldine Savary

Personnes non réélues en 2019 :

Philipp Hadorn

Thomas Hardegger

Martin Naef

Corrado Pardini

Nicolas Rochat Fernandez

Adrian Wüthrich

Nouveaux élus et nouvelles élues lors des élections de 2019Conseil national :

Mustafa Atici

Christian Dandrès

Tamara Funicello

Baptiste Hurni

Pierre-Yves Maillard

Sandra Locher Benguerel

Jon Pult

Franziska Roth

Gabriela Suter

Céline Widmer

Bruno Storni

Conseil des États :

Élisabeth Baume-Schneider

Marina Carobbio

Eva Herzog

Carlo Sommaruga

JUSO Schweiz

Jahres- und Delegiertenversammlungen

An der Jahresversammlung im März 2018 wurden – 100 Jahre nach dem Landesstreik – neun Forderungen für das kommende Jahrhundert verabschiedet. Der Findungsprozess der Forderungen erstreckte sich über mehrere Monate. Ausserdem wurden an dieser Jahresversammlung Bertil Munk und Lewin Lempert ins Vize-Präsidium gewählt.

Im April hat die JUSO dann in Luzern den Massnahmenplan Migration verabschiedet, welcher als Ergänzung zum 2017 verabschiedeten Migrationspapier entstand. Er beinhaltet Aktionen und Vorstösse auf kommunaler, kantonaler, nationaler und auch internationaler Ebene.

Im Juni 2018 wurde in Neuchâtel ein Papier zu den Sozialversicherungen verabschiedet. Denn auch in den kommenden Jahren wird die Finanzierung und die Gestaltung unserer Sozialversicherungen ein wichtiger Diskussionspunkt sein.

Im September 2018 war die JUSO Schweiz bei der JUSO Tessin in Bellinzona zu Gast. Dort wurde die Position der JUSO zur SV17 (STAF) diskutiert. Ausserdem wurde ein Papier zu 10 Jahren Finanzkrise verabschiedet.

Die Delegiertenversammlung vom Oktober wurde zugunsten eines Sammeltags für die 99%-Initiative gestrichen. Die letzte Versammlung fand im Dezember im St. Galler Kantonsratssaal statt. Dort wurde das Freihandelspapier besprochen, und Pascal Pajic und Vera Diener sind aus der Geschäftsleitung zurückgetreten. Als Nachfolgerinnen wurden Barbara Keller und Ronja Jansen gewählt. Mit diesen Wahlen begann die fast komplette Auswechslung der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz (v.a. auf Deutschschweizer Seite), die sich im folgenden Jahr weiterzog.

Die Jahresversammlung im Februar 2019 drehte sich hauptsächlich um das Thema der Care-Arbeit: Die deutsche Sozialwissenschaftlerin und Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies, Gabriele Winker, hielt einen Input, und nach dem folgenden Podium zum Thema wurde das entsprechende Positionspapier engagiert diskutiert und verabschiedet. Ausserdem fand ein Podium zum Thema der Zukunft der Sozialdemokratie statt. Des Weiteren traten Lewin Lempert und Laura Riget aus der Geschäftsleitung zurück. Nicola Siegrist und Pauline Schneider wurden als ihre Nachfolger_innen gewählt.

An der April-DV in Aarau wurde ein Papier zum Mediensystem und bürgerlichen Massenmedien verabschiedet, das als Resultat eines 2018 angenommenen Antrags aus der Basis entstanden war. Ausserdem traten Julia Baumgartner (Zentralsekretariat) und Jonas Eggmann aus der Geschäftsleitung zurück. Als ihre Nachfolger_innen wurden Muriel Günther (Zentralsekretariat) und Sandro Covo (GL) gewählt.

An der Juni-DV in Sierre wurde der Klima-Massnahmenplan, der schlussendlich unter dem Titel «System change not climate change – Was die Schweiz gegen die Klimakrise tun muss: Öffentlicher Luxus statt privater Profit» lief, verabschiedet.

An der ausserordentlichen Jahresversammlung am 31. August 2019 in Olten ist Tamara Funciello als Präsidentin der JUSO Schweiz zurückgetreten. Ronja Jansen wurde als ihre Nachfolgerin ge-

wählt. Ausserdem wurde das Freiheitsmanifest für eine linke Interpretation des Freiheitsbegriffs diskutiert und verabschiedet.

Als Abschluss des Jahres 2019 wurde an der Delegiertenversammlung im November in Zürich das Positionspapier zur Ausbeutung des Globalen Südens behandelt und angenommen. Ausserdem wurde Simon Constantin in die Geschäftsleitung gewählt und füllte somit die Vakanz, die durch Ronja Jansens Wahl von der Geschäftsleitung ins Präsidium entstanden war. Ebenfalls gab Bertil Munk an dieser Delegiertenversammlung das Vize-Präsidium ab und kündigte seinen Rücktritt aus der Geschäftsleitung auf die JV 2020 an. Pauline Schneider und Nicola Siegrist wurden ins Vize-Präsidium der JUSO Schweiz gewählt.

Kampagnen

99%-Initiative

Von Anfang Oktober 2017 bis im Januar 2019 sammelte die JUSO ihre dritte nationale Initiative: die 99%-Initiative. Dank dem unglaublichen Engagement der ganzen Partei konnte sie Anfang April 2019 eingereicht werden. Die riesige Arbeit, die die Partei in dieses Projekt gesteckt hat, hat sich definitiv gelohnt: Nebst den zahlreichen Gesprächen mit der Bevölkerung landesweit ist die 99%-Initiative das nötige Gegenprojekt zu zahlreichen bürgerlichen Steuervorlagen in den nächsten Jahren. Kapital soll mit dem Faktor 1,5 besteuert werden. Der resultierende zusätzliche Gewinn, soll den Arbeiter_innen rückverteilt werden. Die Abstimmung ist 2021 zu erwarten.

Feminismus

Weitergeführt wurde in den Jahren 2018 und 2019 auch das feministische Engagement der JUSO. Zusammen mit der SP Schweiz wurde am 14. Juni 2018 das Frauen*jahr lanciert, das durch das Hämmern eines Manifests mit klaren Forderungen ans Bundeshaus gestartet wurde. Präsenz auf der Strasse hatte die Partei in dieser Thematik etwa am 22. September 2018 gezeigt, als über 20'000 Frauen* und solidarische Männer* in Bern marschiert sind. Es ist der JUSO des Weiteren gelungen, eine breite Debatte zum Thema Gewalt an Frauen* zu lancieren – wenn auch über seltensame Umwege («079 hettsi gseit...»). Zudem konnte die JUSO unter dem Motto #allefüreine im Jahr 2018 Hunderte Frauen* auf die Strasse bewegen. Aktivistisch weiter ging es auch im Jahr 2019, das von feministischen Demos geprägt war. Kundgebungen zum 8. März, 1.-Mai-Demos, an denen es um den Frauen*streik ging, Prides in Genf und Zürich und die Gegendemo gegen den fundamentalistischen «Marsch fürs Läbe» in Zürich – überall war die JUSO präsent, sichtbar und trug Verantwortung. Nicht anders auch in vielen regionalen Frauen*streik-Kollektiven, die am 14. Juni 2019 die fulminante Präsenz einer halben Million Menschen in den Schweizer Strassen zustande brachten. Es war ein Tag, an welchem dieses Land stillstand. Ein Tag, der der Frauen*bewegung unglaublich viel Kraft gab. Ein Tag, welcher in die Geschichtsbücher eingehen wird. Für die JUSO ist klar: Die Revolution wird feministisch oder unbedeutend!

Klima

Seit dem Beginn des Klimastreiks, also Ende 2018 / Anfang 2019, übernahmen JUSOs in der Bewegung eine wichtige Rolle. Durch die in der JUSO erlernten politischen Werkzeuge verhalfen sie dem Klimastreik in den ersten Monaten dazu, dass er in den Medien wahrgenommen wurde, dass die Politik ihn ernst nahm und dass von Anfang an starke Forderungen aufgestellt wurden. Die JUSO Schweiz versuchte die Arbeit dieser Aktivist_Innen durch schweizweite Koordination zu stärken. So war die JUSO auch die erste Partei, welche sich hinter die Forderungen des Klimastreiks stellte (April-DV in Aarau). Kurz darauf nahm auch die SP Schweiz eine Resolution der JUSO an und unterstützte die Klimastreik-Forderungen ebenfalls. Teil der internen Klimakampagne war auch

der Systemchange-Massnahmenplan, der weiter oben erwähnt wird und an der Juni-DV 2019 verabschiedet wurde. Und auch im Nationalratswahlkampf legte die JUSO den Fokus darauf, die neo-liberalen «Lösungen» der Rechtsbürgerlichen anzugreifen.

Nationalratswahlen

Auch für die JUSO waren die Nationalratswahlen eines der prägendsten Elemente im Jahr 2019. Schon im Sommer 2018 wurde ein Konzept zur Wahlkampagne den Sektionen vorgestellt und im Dezember 2018 wurden per Resolution an der Delegiertenversammlung die drei Hauptthemen festgelegt: Rückverteilung (99%), Feminismus und Migration. Die Kantone hatten die Möglichkeit, ein viertes Thema zu wählen – ohne Ausnahme entschieden sich die Sektionen hier für die Klimathematik, was auch der JUSO Schweiz entgegenkam. Zu diesen vier Themengebieten wurden Aktionen durchgeführt, Flyer, Abstimmungszeitung, Online Content usw. produziert. Ausserdem konnte sich die JUSO darüber freuen, mit so vielen Listen und Kandidierenden wie noch nie zu diesen Wahlen angetreten zu sein: 217 Kandidierende auf 27 Listen in 21 Kantonen führten national zu einem Wahlergebnis von 0.924% (2015: 0.82%), was einer Verbesserung des Resultats von knapp 13% entspricht. Noch wichtiger als das Wahlergebnis ist für eine Partei wie die JUSO aber natürlich das enorme Mobilisierungspotential, das diese Wahlen bargen und das auch genutzt werden konnte. Die JUSO war mit ihren Inhalten präsent und ihre Mitglieder konnten an dieser Kampagne wachsen, weswegen wir diese Wahlen trotz grüner Welle als Erfolg verbuchen.

Muriel Günther, Zentralsekretärin JUSO Schweiz

SP Frauen*

Gremien

2. Juni 2018: Das Co-Präsidium von Natascha Wey und Martine Docourt wird einstimmig im Amt bestätigt. Auch werden folgende Mitglieder der Geschäftsleitung in ihrem Amt bestätigt oder neu gewählt: Barbara Keller (von der JUSO vorgeschlagen), Elisabeth Clément, Marilena Corti, Mathilde Crevoisier, Elena Flach, Virginia Köppli, Nancy Lunghi und Min Li Marti. Arzu Güngör und Andrea Blättler verzichten auf eine Wiederwahl.

Ebenfalls am 2. Juni 2018 wird Gina La Mantia als Zentralsekretärin gewählt. Sie tritt an die Stelle von Gabriela Rothenfluh. Sie beginnt ihre Arbeit am 15. August 2018.

23. März 2019: Gisela Nyfeler wird als Ersatz für die zurückgetretene Nancy Lunghi in die Geschäftsleitung gewählt.

16. November 2019: Rhiana Spring wird als Ersatz für die zurückgetretene Elena Flach in die Geschäftsleitung gewählt.

Mitgliederversammlungen

2. Juni 2018: Mitgliederversammlung der SP Frauen* in Bern. 55 Anwesende. Hauptthema der Versammlung ist ein Referat des Politologen und Leiters der Sektion «Politik, Kultur, Medien im Bundesamt für Statistik Werner Seitz über geschlechtergetrennte Wahllisten. Nicole Baur (Office de la Politique Familiale e de l'Égalité, Neuchâtel) stellt die Neuenburger Studie « Etre femme en politique : atout ou handicap ? » vor.

15. September 2018: Mitgliederversammlung der SP Frauen* in Bern. 41 Anwesende. Das Hauptthema der Versammlung ist die von der Schweiz ratifizierte Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und deren Umsetzung. Gastrednerin Simone Egger vom zivilgesellschaftlichen Netzwerk zur Istanbul-Konvention. Auch die umstrittene Steuerreform 17 wird diskutiert, und die SP Frauen* beziehen dazu Stellung. Im Anschluss an die Versammlung werden Transparente und Schilder gemalt für die Lohngleichheitsdemo, welche kurz darauf stattfindet.

23. März 2019: Mitgliederversammlung der SP Frauen* in Bern. 50 Anwesende. Die Versammlung steht ganz im Zeichen des bevorstehenden Frauen*streiks. Gastrednerin ist Nationalrätin Ada Marra. Die Teilnehmerinnen bestimmen die vier Streikforderungen der SP Frauen*, und es wird eine Petition «Gratis Kitaplätze für alle» lanciert.

16. November 2019: Mitgliederversammlung der SP Frauen* in Bern. 57 Anwesende. Hauptthema dieser Versammlung ist die Klimapolitik. Das Positionspapier «Keine Klimagerechtigkeit ohne Gendergerechtigkeit» wird diskutiert und verabschiedet. Gastrednerinnen sind die Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel, die Klimagrosseltern und Mirjam Hostetmann von der Klimajugend.

Weitere Aktivitäten

- Teilnahme an der Lohnungleichheitsdemo vom September 2018 mit eigenen Transparenten und Schildern. Mobilisierung zur Teilnahme via Newsletter und sozialen Medien.
- Teilnahme mit eigenem Informations- und Fotostand an den Feierlichkeiten zum 100-Jahre-Jubiläum des Landesstreiks vom 10. November 2018 in Olten. Mobilisierung zur Teilnahme via Newsletter und soziale Medien.
- Aktivitäten zum Frauen*streik vom 14. Juni 2019 (in Zusammenarbeit mit Nina Hüsler, Projektleiterin «Frauenjahr»):
 - im Vorfeld des Streiks, Mobilisierung der SP Frauen* in der ganzen Schweiz via Newsletter und soziale Medien. Aufrufe zur Beteiligung in den regionalen Streikkollektiven und Anregungen für Streikaktivitäten¹. Vernetzung der Frauen.
 - Verteilaktion zum «Königinnentag» am 6. Januar 2019 in verschiedenen Städten und Gemeinden, mit Hinweis auf den Frauen*streik.
 - Am Streiktag, Verteilaktion am Bahnhof Bern mit Simonetta Sommaruga, in Zusammenarbeit mit den SP Frauen* Bern. Die Aktion steht unter dem Motto «Der Fünfer und das Weggli».
 - Am Mittag, Treffen auf dem Bundesplatz. Die Parlamentarierinnen kommen auf den Platz. Es wird eine Kiste aufgestellt, in welche die Streikenden ihre Forderungen einwerfen können. Diese werden von den Parlamentarierinnen entgegengenommen.
- Teilnahme an der Klimademo vom 28. September 2019 mit eigenen Schildern. Flyeraktion mit Hinweis auf das Positionspapier Klima der SP Frauen*. Im Vorfeld Mobilisierung der Basis der SP Frauen* via Newsletter und sozialen Medien.
- Aktivitäten zu den nationalen Wahlen vom 20. Oktober 2019 (in Zusammenarbeit mit Nina Hüsler, Projektleiterin «Frauenjahr»):
 - Fotoshooting und Erstellen der Website und Speakerinnen-Datenbank «Mehr Frauen ins Bundeshaus»².
 - Wahlkampfauftakt vom 1. Juni 2019 im Bundeshaus, ca. 80 Teilnehmende Kandidatinnen aus der ganzen Schweiz.
 - Broschüre «Hass, Beleidigungen und Drohungen, wie damit umgehen?» (Frauenjahr).
 - Video «Meilensteine der SP Frauen*» in Zusammenarbeit mit der Bundeshausfraktion.
- Verschiedene Anlässe für den Austausch und die Vernetzung zwischen SP-Fraktionsfrauen, SP Frauen* Geschäftsleitung und Kantonsparlamentarierinnen. Teilnahme an Anlässen von Alliance F und Einsitz im Delegiertenrat der NGO Post Beijing, Mitarbeit am Schattenbericht zur CEDAW.
- Erarbeitung des Sektionshandbuchs Frauen*förderung.

Gina La Mantia, Zentralsekretärin SP Frauen Schweiz*

¹ <https://sp-frauen.ch/de/frauenstreik/>

² <https://www.frauenwahl19.ch/>

SP60+ erneuert sich

In den Jahren 2018/2019 hat SP60+ daran gearbeitet, sich eine bessere Struktur zu geben. Die Basis trifft sich weiterhin jedes Jahr zur Mitgliederkonferenz. Die Delegierten der Kantonalparteien, die bislang als Vorstandsmitglieder wirkten, treffen sich jetzt an einer Delegiertenversammlung drei- bis viermal im Jahr. Um der Komplexität der politischen Leitung eines immer grösser gewordenen Organs gerecht zu werden, wird das Co-Präsidium neu von einer Geschäftsleitung unterstützt.

SP60+ hat jetzt 2076 Mitglieder, ein Wachstum von fast 20% in den vergangenen zwei Jahren. In fast allen Kantonen gibt es Sektionen oder Gruppen, die lokal die Politik von SP60+ vertreten. Auch die Romandie und das Tessin sind dabei. An der Mitgliederkonferenz im Mai 2020 wird unsere Co-Präsidentin, Marianne de Mestral, zurücktreten. Sie war die treibende Kraft, die die Partei überzeugt hat, im Jahr 2012 SP60+ zu gründen, und sie hat diese bis heute co-geleitet. In dieser Zeit wurde auch das Sekretariat erneuert und verstärkt. So ist SP60+ bereit, mit neuen Kräften vorwärts zu gehen.

Die Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung hat 2019 nach der Reglementsänderung die Arbeit übernommen, die früher von der provisorischen Arbeitsgruppe «Planung» geleistet wurde. Drei bis fünf Mitglieder werden von der Delegiertenversammlung gewählt. Neu sind auch Vertretungen der Arbeitsgruppen dabei. Das Sekretariat unterstützt ihre Arbeit. Nach jeder Sitzung wird ein Informationsbrief an alle Delegierten geschickt. Ein wichtiges Thema war die Antwort zur internen Vernehmlassung über das Papier «Für ein selbstbestimmtes und würdiges Altwerden», die dank einer grossen Anstrengung aller Beteiligten möglich war.

Die Delegiertenversammlung (bisher Vorstand)

Jede Kantonalpartei schickt zwei gewählte Mitglieder in die Delegiertenversammlung von SP60+. - An den Sitzungen stehen die anstehenden eigenen Veranstaltungen zur Diskussion, die Delegiertenversammlungen und Parteitage der SP Schweiz werden vorbereitet, Vernehmlassungen besprochen sowie Informationen aus den internen Arbeitsgruppen und den kantonalen SP60+ Organisationen ausgetauscht.

Die Mitgliederkonferenzen

Im Mai 2018 und 2019 hat je eine Mitgliederkonferenz stattgefunden. Neben den statutarischen Geschäften wurden inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. 2018 wurde im Vorfeld der No-Billag-Abstimmung die Medienpolitik thematisiert. 2019 stand das Klima im Mittelpunkt: eine soziale Klimawende und die konkrete Möglichkeit, die Emissionen von CO₂ auf netto Null zu bringen. Die Konferenzen finden im Hotel National in Bern statt, und es haben jeweils mehr als hundert Mitglieder teilgenommen.

Herbsttagungen

Im November 2018 fand in der alten Markthalle in Basel eine Tagung zum Thema «Wohnen im Alter – Wohnen für alle» statt. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, aber ältere Menschen haben besondere Bedürfnisse. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist in einer kapitalistischen Gesellschaft prekär. Das Positionspapier «Bezahlbaren Wohnungsbau für Alle! Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern!» wurde vorgestellt.

Im Herbst 2019, im Grossratssaal in Aarau, haben mehr als hundert Teilnehmende die SP60+ Forderung nach «endlich anständigen Renten!» erneut begründet, und mit konkreten Beispielen Situa-

tionen aufgezeigt, wo das Verfassungsprinzip der Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise im Alter eklatant missachtet wird.

Arbeitsgruppe Sozialversicherungen und Sozialpolitik

Die bürgerliche Dominanz in unseren eidgenössischen Räten in diesen Jahren hat der AG die Arbeit nicht ausgehen lassen – der Kampf gegen den Abbau bei den Sozialversicherungen hat viel Energie gebraucht. Die AG hat auch Stellung bezogen gegen die Überwachung durch private Detekteien der Sozialversicherungsbezügler_innen und hat den Vorschlag unterstützt, erwerbstätige Personen, die ihre Angehörigen betreuen – was ein sehr harter Job ist – finanziell zu unterstützen und diese Form der Unterstützung auch gesetzlich festzuhalten. Die AG hat sich an der Diskussion zu wichtigen Themen wie Botschaft AHV21, Kompromiss der Sozialpartner zum BVG, EL-Revision aktiv beteiligt und Stellungnahmen verfasst. Der Vorschlag des Bundesrates, älteren Arbeitslosen eine Überbrückungsleistung zu gewähren, wurde diskutiert und begrüsst. Bereits an der Herbsttagung 2015 hatte die SP60+ auf Antrag der AG in einer Resolution «Recht auf Arbeit auch ab 50» gefordert.

Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik

Ein Dauerthema in der AG ist die Finanzierung der Langzeitpflege: Die Evaluation der Pflegefinanzierung, der Bedarf an wissenschaftlich validierten Bedarfsermittlungsinstrumenten zur Pflege (ambulant und stationär) sowie die Stellungnahme zur Restfinanzierung. Ein weiteres Kernthema ist gute Betreuung im Alter. Die Arbeitsgruppe Gesundheit beteiligte sich an der Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag der Gesundheitskommission des Nationalrates zur Volksinitiative (Pflegeinitiative) «Für eine starke Pflege» des Schweizerischen Berufsverbandes für Pflegefachpersonal. Die Arbeitsgruppe Gesundheit unterstützte in ihrer Stellungnahme den indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesebene. Bestehende Mängel müssen jedoch noch behoben werden. Fast zeitgleich wurde eine Stellungnahme zum Initiativprojekt vom Netzwerk «Gutes Alter» erarbeitet. Die AG kam zum Ergebnis, das Projekt in der vorliegenden Form nicht zu unterstützen. Angesichts der Wichtigkeit der Themen, die im Initiativprojekt aufgenommen werden, stellte die Arbeitsgruppe aber an der Delegiertenversammlung den Antrag, eine ausführliche Stellungnahme zu verfassen und den Kontakt mit dem Netzwerk «Gutes Alter» zu pflegen. Dieser Antrag wurde gutgeheissen.

Arbeitsgruppe Wohnen

Die AG setzte in mehreren Sitzungen die im Juni 2017 begonnenen Arbeiten zum Positionspapier «*Bezahlbaren Wohnungsbau für Alle! Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern!*» fort. Das Positionspapier gibt einen umfassenden Überblick zur Wohnraumgesetzgebung in Bund, Kantonen und Gemeinden und zeigt verschiedene Trägerschaften, Finanzierungsmöglichkeiten sowie mögliche raumplanerische Massnahmen zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf. An der Tagung in Basel wurden das Positionspapier sowie eine entsprechende Resolution einstimmig verabschiedet, die die Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum für Seniorinnen und Senioren, Familien und Junge durch die öffentliche Hand verlangt. Die Unterstützung der Initiative des Mieterverbandes «Mehr bezahlbare Wohnungen» wurde dann zum wichtigsten Aktionsfeld. Betont wird das Engagement auf lokaler Ebene.

European Senior socialist Organisation (ESO)

Unsere Teilnahme an ESO, wo Marianne de Mestral eine der zwei Vizepräsidentinnen ist, hat uns erlaubt, die Kontakte mit den Schwester-Organisationen und mit den Vertreter_innen der PES (Party of European Socialists) zu pflegen. Die Probleme der Alters- und der sozialen Politik in Europa sind nicht viel anders als in der Schweiz. Ein grosser Unterschied besteht allerdings in den Voraussetzungen, die Ziele und Forderungen unserer europäischen Genoss_innen sind dennoch sehr ähnlich.

Aktionen und Kommunikation

Die konkrete politische Tätigkeit der SP60+ geschieht wesentlich auf kantonaler und lokaler Ebene. Bei den Wahlen gab es viele SP60+-Listen und einige SP60+-Mitglieder auf den Hauptlisten. Auf nationaler Ebene ist SP60+ mit Antworten auf Vernehmlassungen und mit Beiträgen in den SP-Medien präsent. Viermal im Jahr wird elektronisch ein Newsletter verschickt, der die Mitglieder über Aktivitäten und Positionen der SP60+ informiert.

Marianne de Mestral und Carlo Lepori, Co-Präsidium der SP60+

SP MigrantInnen

A. Kampagnen

1. Kampagne gegen die „No-Billag“-Initiative (März 2018)

Der Angriff auf die SRG mit der „No-Billag“-Initiative betraf die Migrationsbevölkerung direkt, gestaltet das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen im Rahmen seines Service-public-Auftrages doch auch Sendungen für mehrere Migrationsgruppen. Die SP MigrantInnen führten eine eigene Kampagne mit Inseraten in Spanisch, Portugiesisch und Türkisch sowie zusammen mit einem auch in der Deutschschweiz und der Romandie aktiven Abstimmungskomitee befreundeter italienischer Organisationen.

2. Kampagne gegen die „Selbstbestimmungs“-Initiative (November 2018)

Die Kampagne gegen die „Selbstbestimmungs“-Initiative stellte die grösste Kampagne der SP MigrantInnen im Jahre 2018 dar. Die SP MigrantInnen verteilten rund 22'000 Flyer in elf Sprachen und waren auf Social Media präsent. Grosses Echo löste die in elf Sprachen durchgeführte Medienkonferenz aus, die sich speziell an die Diaspora-Medien in der Schweiz richtete. Sie war namentlich in Spanisch, Portugiesisch, Türkisch, Kurdisch und Tamilisch erfolgreich. Vertreter der SP MigrantInnen aus der tamilischen und der kurdischen Gemeinschaft konnten zudem mit Gastkolumnen in Schweizer Tageszeitungen ihre Argumente ausbreiten. In den Social Media bewährten sich kurze Videos, die bekannte Persönlichkeiten der SP MigrantInnen in ihren Communities lancierten und dort teilweise viele Tausend „views“ erzielten. Der grosse Beitrag der SP MigrantInnen zur 66.2%-Ablehnung blieb sowohl innerhalb der SP als auch in der Schweizer Öffentlichkeit wenig beachtet.

3. Wahlkampagne zum Europäischen Parlament (Mai 2019)

Unter dem Slogan „Gemeinsam für ein starkes und soziales Europa“ koordinierten die SP MigrantInnen in der Schweiz wie schon fünf Jahre zuvor die sozialdemokratische Wahlkampagne zu den Wahlen ins Europäische Parlament. Ziemlich genau 25% der Schweizer Wohnbevölkerung besitzt die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates: rund 1.45 Millionen ohne und weitere 670 000 zusätzlich zum Schweizer Pass. In der Schweiz können damit mehr Personen an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen als in den sechs kleinsten EU-Mitgliedstaaten. 88% der EU-Bürger_innen in der Schweiz stammen aus den sieben Staaten Italien, Deutschland, Portugal, Frankreich, Spanien, Österreich und Kroatien. Gemeinsam mit den Schweizer Sektionen der betreffenden Schwesterparteien produzierten die SP MigrantInnen Flyer in sechs Sprachen und organisierten Wahlveranstaltungen. Hinzu kam eine Website, die in Deutsch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch und Kroatisch den EU-Bürger_innen in der Schweiz erklärte, wie sie an den Wahlen teilnehmen können und warum sie sozialdemokratisch wählen sollen. Die Medien kamen aktiv auf die SP MigrantInnen zu und berichteten teilweise ausführlich über die Kampagne. Diese trug dazu bei, doppelte Mitgliedschaften in der SP und den Schweizer Sektionen der Schwesterparteien aus EU-Staaten zu fördern und das Netzwerk mit den betreffenden Gemeinschaften in der Schweiz enger zu knüpfen.

4. Wahlkampagne National- und Ständerat (Oktober 2019)

Die SP MigrantInnen meldeten ab der ersten Jahreshälfte 2018 bei den Kantonalparteien ihren Anspruch auf eine angemessene Vertretung auf den Listen für die nationalen Wahlen vom Oktober 2019 an. Dieser Anspruch wurde in Form von Resolutionen am Parteitag der SP Schweiz sowie an mehreren kantonalen Parteitagen bekräftigt. 91 der 363 SP-Kandidat_innen hatten Wurzeln im

Ausland. Das entsprach über 25 % aller Kandidierenden auf SP-Listen. Nicht weniger als 27 verschiedene Herkunftsländer waren repräsentiert. Die SP MigrantInnen führten eine aktive Wahlkampagne in elf Sprachen. Das Engagement für eine starke Stimme der Migrationsbevölkerung wurde von Erfolg gekrönt: Der Präsident der SP MigrantInnen Schweiz, Mustafa Atici, erreichte in Basel-Stadt ein hervorragendes Resultat und vertritt seither die Anliegen der SP MigrantInnen direkt im Nationalrat. Die SP ist in Fragen der Diversität führend: Insgesamt weisen von den 39 gewählten SP-Nationalratsmitgliedern 15 (38.5%) Wurzeln verschiedener Länder auf: Elf haben eine weitere Staatsbürgerschaft und vier weitere sind entweder im Ausland geboren oder sind Second@s.

5. Einbürgerungs-Kampagne (laufend)

Die 2016 gestartete Einbürgerungskampagne wurde in der Berichtsperiode fortgesetzt. Die SP MigrantInnen Aargau, Basel, Bern, Solothurn, St. Gallen, Zürich und weitere führten dezentrale Veranstaltungen durch, die meist auf grosses Interesse stiessen. Laut Bundesamt für Statistik leben in der Schweiz 1.12 Millionen Personen ohne Schweizer Pass, welche die formellen Voraussetzungen (Aufenthaltsfristen) erfüllen. Von diesen stellen jedes Jahr aber bloss rund 40 000 tatsächlich ein Gesuch. Die SP MigrantInnen fahren deshalb fort, Betroffene zu ermuntern und zu unterstützen, sich einbürgern zu lassen: Kontakt aufnehmen, das Gespräch suchen; Orte schaffen, wo sich Betroffene austauschen können; öffentliche Informationsveranstaltungen über Einbürgerung organisieren; Einbürgerungsverfahren kritisch begleiten und bei Fehlverhalten der Behörden politischen Druck aufbauen. Zudem erarbeiteten die SP MigrantInnen Mustervorstösse, damit gezielt auf politischen Weg Gemeinden in die Pflicht genommen werden, aktiv über die Einbürgerung zu informieren; Beratungsdienstleistungen anzubieten; Gebühren zu senken; bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen; für Secondos eine Aufnahmepflicht vorzusehen. Die Einbürgerungskampagne der SP MigrantInnen wurde in der Berichtsperiode neu aufgegleist, nachdem am 1. Januar 2018 der Einbürgerungsteil und am 1. Januar 2019 der Aufenthaltsteil des neuen Ausländer- und Integrationsgesetzes in Kraft getreten waren. Dieses macht die Sozialhilfe und die Sprachkenntnisse neu zu Stolpersteinen der Einbürgerung und des Aufenthaltsrechts, was die Migrationsbevölkerung enorm verunsichert. Die SP MigrantInnen erarbeiteten auch diesbezüglich Mustervorstösse, um Gegensteuer zu geben.

6. Fünf weitere inhaltliche Schwerpunkte

Nach langen und intensiven Vorbereitungsarbeiten in dezentralen Arbeitsgruppen konnte der Vorstand der Jahreskonferenz 2018 drei antragsfähige Positionspapiere zu Racial Profiling, Religion und Gesellschaft sowie zur doppelten Staatsbürgerschaft vorlegen. Die Jahreskonferenz 2019 verabschiedete ein weiteres Positionspapier zum (oft ungenutzten) Potenzial weiblicher Immigrantinnen und der Vermeidung der doppelten Diskriminierung als Frau und als Immigrantin. Zusammen mit dem schon früher erarbeiteten Positionspapier und Bündel von Mustervorstössen zur Arbeitsmarktintegration stellten die SP MigrantInnen Schweiz damit den kantonalen Sektionen und Kontaktpersonen der SP MigrantInnen eine solide inhaltliche Grundlage zur Verfügung, die mancherorts zur Organisation öffentlicher Diskussionsveranstaltungen und in verschiedenen Kantonen zum Einreichen entsprechender parlamentarischer Vorstösse führte.

B. Organisation

1. Aufbau weiterer kantonalen Sektionen

Seit der SP Parteitag 2016 die SP MigrantInnen statutarisch als Organ anerkannt hat, setzte sich der Aufbau kantonalen Sektionen der SP MigrantInnen fort, damit sich die inzwischen über 1200 Mitglieder auch vor Ort begenügen und aktiv werden können. Die Sektionen in den Kantonen Aargau,

Basel-Stadt, Bern, St. Gallen und Zürich konsolidierten sich, Solothurn und Valais romand reduzierten ihre Arbeit etwas, in weiteren Kantonen wie Baselland, Freiburg, Luzern, Schaffhausen, Thurgau und Zug wurde am Aufbau eigenständiger Sektionen gearbeitet. Das Präsidium unterstützt diese Aufbauarbeit durch persönliche Beratung, Präsenz vor Ort und einem Leitfaden zum Aufbau kantonalen Sektionen. Kleinere Kantonalparteien ohne formale Sektionen der SP MigrantInnen ernannten Kontaktpersonen, die für die Anliegen der SP MigrantInnen verantwortlich sind. Die Jahreskonferenz 2019 wählte aus nahezu allen 27 Kantonalparteien verantwortliche Delegierte oder Kontaktpersonen.

2. Jahreskonferenzen 2018 und 2019

Die Jahreskonferenz 2018 verabschiedete die erwähnten drei Positionspapiere „Racial Profiling“, „Religion und Gesellschaft“ sowie „Doppelte Staatsbürgerschaft“, die Jahreskonferenz 2019 jenes über „Gleichstellung und MigrantInnen“. Zudem nahm die Jahreskonferenz 2019 Gesamterneuerungswahlen für das Präsidium durch. Wiedergewählt wurden Mustafa Atici als Präsident und Françoise Bassand und Osman Osmani als Vizepräsident_innen. Die langjährigen Vizepräsidenten Ihsan Kurt und Fréd Nouchi wurden unter Verdankung ihrer Dienste verabschiedet. An ihrer Stelle wurden Mike-Justin Kabongi und Grazia Tredanari als neue Vizes ins Präsidium gewählt. Die Jahreskonferenz 2019 präziserte zudem das Reglement der SP MigrantInnen und bestätigte die von den Kantonalparteien sowie Schweizer Sektionen von Schwesterparteien ernannten Delegierten.

3. Vorstand

Die Delegiertenkonferenz (=Vorstand) der SP MigrantInnen traf sich 2018 und 2019 zu je zwei Sitzungen (3. März und 20. Oktober 2018 sowie 16. Februar und 9. November 2019). In der Regel nahmen jeweils zwei Delegierte der Kantonalparteien und aus den Schweizer Sektionen von Schwesterparteien teil. Die Delegiertenkonferenz diskutierte und beschloss die erwähnten Kampagnen, wählte die Delegierten in die SP-Gremien und setzte neue Arbeitsgruppen zu den Themen „Gleichstellung von MigrantInnen“, „Einbürgerung“ und „Europawahlkampf“ ein (dazu siehe auch oben).

4. Präsidium

Das Präsidium traf sich 2018 zu zwei und 2019 zu sechs Sitzungen und führte die laufenden Geschäfte. Eine beim Präsidium angesiedelte Arbeitsgruppe „Rote Linien“ nahm sich Fällen an, die sich für die Partei schädlich auswirken könnten. Bei öffentlichen Anlässen und in den Medien ist inzwischen namentlich der Präsident, Mustafa Atici, breit bekannte Ansprech- und Auskunftsperson.

5. Sekretariat

Der langjährige Projektleiter Simon Roth übernahm im Zentralsekretariat neue Aufgaben. In der Berichtsperiode trugen nacheinander mehrere Praktikantinnen die Hauptlast der Arbeit. Im März 2019 übernahm Jonas Thion das Sekretariat, verliess die SP aber leider Ende Juni 2019 schon wieder. Im August 2019 übernahm Sonja Rüegg das Sekretariat. Für politische Unterstützung war weiterhin der internationale Sekretär der SP Schweiz, Peter Hug besorgt.

Präsident: Mustafa Atici

Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch

Projektleiterin/Sekretariat: Sonja Rüegg, sonja.rueegg@spschweiz.ch

Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé

28 février 2018

Lors de la première séance de la période observée, la commission s'est penchée sur la loi sur la surveillance des assuré-e-s, élaborée en trombe au sein de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique (CSSS) du Parlement. Elle a examiné les points problématiques du projet à l'aune de l'État de droit. Il s'agissait de discuter de la manière dont le projet devait être corrigé pour se conformer à l'ordre juridique suisse. À cet égard, la commission a entendu M. Thomas Gächter, professeur de droit à l'Université de Zurich, et M^e Philip Stolkin, avocat spécialisé en droit des assurances sociales.

12 septembre 2018

La politique de la santé et le financement uniforme des prestations de soins ambulatoires et stationnaires furent le point fort de cette séance de la commission. Pour ce faire, l'avant-projet de mise en œuvre de l'initiative parlementaire 09.528 Humbel : « Financement moniste des prestations de soins » était au cœur des débats. Dans un premier temps, les grandes lignes dudit avant-projet ont été présentées par nos conseillères nationales Marina Carobbio (TI) et Barbara Gysi (SG). Dans un second temps, les membres de la commission ont entendu les positions respectives de divers actrices et acteurs. Les assureurs étaient représentés par Curafutura avec Mme Saskia Schenker, responsable politique de santé et vice-directrice, ainsi que Mme Sarah Früh, collaboratrice en matière de politique de santé. M. Pierre-Yves Maillard, ancien conseiller d'État (VD), et M. Michael Jordi, secrétaire central de la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé, ont présenté le point de vue des cantons. M. Martin Bienlein, ancien responsable du département politique chez H+ a détaillé la position des hôpitaux de Suisse. Enfin, M. Reto Wyss, secrétaire central USS, a donné une appréciation des syndicats.

6 mars 2019

À la demande de la Présidence du parti, la commission a jeté un regard critique sur l'initiative populaire « Prévoyance professionnelle – Un travail plutôt que la pauvreté », qui demande l'introduction d'un taux de cotisations unique dans la LPP afin de remédier à la discrimination des travailleurs/euses âgé-e-s. Pour ce faire, M. Pierre Bayerdörfer du Comité d'initiative Workfair 50+ est venu présenter l'initiative et ses raisons d'être. Notre conseiller national (VD) et maître d'enseignement de recherche à la HEC Lausanne, Samuel Bendahan, a livré son appréciation de l'initiative d'un point de vue économique. Enfin, Mme Gabriela Medici, secrétaire centrale à l'USS, a exposé certains éléments en lien avec la problématique soulevée par l'initiative.

5 juin 2019

L'initiative populaire fédérale « Pour sauver des vies en favorisant le don d'organes » a constitué le point fort de cette séance de la commission. Lancée par la Jeune Chambre internationale de la Riviera, l'initiative demande l'introduction du consentement présumé, afin d'augmenter clairement le nombre de donneurs/euses d'organes en Suisse. À ce titre, la commission a entendu M. le PD Dr Franz Immer, directeur de Swisstransplant, qui est venu plaider en faveur de l'initiative. Puis elle a examiné les aspects de la problématique relevant de l'éthique avec le Prof. Dr Theol. Lic. Peter G. Kirchschräger, directeur de l'Institut d'éthique sociale de la Faculté de théologie à l'Université de Lucerne.

11 septembre 2019

L'aide sociale a retenu toute l'attention de la dernière séance de la Commission spécialisée durant la période observée. Il s'agissait dans un premier temps de faire le point sur les discussions à la suite du vote bernois concernant des coupes drastiques dans ce dernier filet de la protection sociale. À cet effet, Mme Annina Grob, co-secrétaire générale d'Avenir social, a présenté une vue d'ensemble des discussions en cours dans les cantons et des velléités de démantèlement de l'aide sociale. Ensuite, Mme Claudia Hänzi, cheffe du Service de la protection sociale (SO) a mis en lumière l'évolution du débat autour de l'aide sociale depuis le début des années 2000, avant de détailler certains champs d'action pour répondre aux défis futurs de l'aide sociale.

Co-présidence : Silvia Schenker (jusqu'en novembre 2019), Rebecca Ruiz (jusqu'en mai 2019)

Secrétaire politique : Jacques Tissot (jusqu'en décembre 2019)

Fachkommission Verkehr und Kommunikation

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an acht Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Sitzung vom 5. März 2018 zum Thema „Liberalisierung durch die Hintertür: Gefährdet die Übernahme von EU-Vorschriften den Schweizer öV?“. Im Zentrum der Sitzung stand der grenzüberschreitende Fernbusverkehr. Der Bundesrat erachtet diesen grundsätzlich als sinnvolle Ergänzung zu anderen Verkehrsmitteln (siehe Bericht zum internationalen Personenverkehr; 14.3673). Um Optionen für die Verbesserung des Angebots zu schaffen, empfiehlt der Bundesrat, auch die Liberalisierung grenzüberschreitender Verkehre bei der Schiene, welche internationale Verbindungen ohne Kooperationen ermöglichen, zu prüfen. Die Öffnung im internationalen Schienenpersonenverkehr soll dem Bundesrat 2018 zur Genehmigung vorgelegt werden. Gestützt darauf soll der Übernahmebeschluss durch den Bundesrat und durch den Gemischten Ausschuss erfolgen. Eine Genehmigung durch das Parlament ist nicht erforderlich. Damit stellt sich die Frage, ob durch die Übernahme von EU-Vorschriften durch die Schweiz eine schrittweise Marktöffnung im Schienenverkehr und Ausschreibungen im öV eingeführt werden.

Gemeinsam mit den Gästen Daniela Lehmann, Koordinatorin Verkehrspolitik bei der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV, Peter Füglistaler, Direktor des Bundesamtes für Verkehr BAV, sowie Bernhard Meier, Delegierter Public Affairs und Regulation SBB, diskutierte die Fachkommission über Chancen und Risiken dieser Entwicklungen. Es wurde zudem auch darüber diskutiert, wie die Politik in den Entscheid zur Übernahme von EU-Liberalisierungsschritten einbezogen werden könnte. Das Ziel der Diskussionen war unter anderem auch, sich zu konkreten Textentwürfen für Vorstösse auszutauschen, damit in der Frühjahrssession eine entsprechende Interpellation dazu eingereicht werden kann.

Sitzung vom 4. Juni 2018 zum Thema „Elektrifizierung des Strassenverkehrs“. In der Juni-Sitzung wurde die rasche Elektrifizierung des Strassenverkehrs als zentraler Beitrag für die Energiewende im Verkehr thematisiert. Denn der Strassenverkehr verbraucht ungefähr die Hälfte der in der Schweiz verbrauchten fossilen Energie – mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf das Klima. Die ausgestossenen Emissionen sind bisher nicht im gewünschten Mass gesunken, u.a. auch weil immer grössere und schwerere Wagen gekauft werden. Für eine rasche Elektrifizierung des Strassenverkehrs spricht neben der Reduktion der Emissionen und der Lärmbelastung vor allem die Effizienz: Die Gesamtbilanz ist im Vergleich zu Motoren mit fossilem Antrieb besser, vorausgesetzt, der Strom stammt aus erneuerbaren Quellen.

Eine Offensive im Verkehrsbereich ist aber nur wirkungsvoll, wenn unnötige Fahrten vermieden werden und wenn der Transport möglichst umweltfreundlich erfolgt. Zu den wirkungsvollen Massnahmen gehören neben der Elektrifizierung auch die Raumplanung, eine Beschränkung der Kapazitäten im Strassennetz, die verursachergerechte Bepreisung insbesondere der fossilen Mobilität sowie die Stärkung des öV und des Fuss- und Veloverkehrs.

Nach kurzen Inputreferaten der Gäste Kurt Egli, Co-Projektleiter Auto-Umweltliste VCS, Roger Nordmann, Kommissionspräsident UREK-N und SP-Fraktionspräsident, sowie Christoph Schreyer, Leiter Mobilität in der Sektion Mobilität des Bundesamtes für Energie BFE, diskutierte die Fachkommission Fragen wie „Wie kann Mobilität so ausgestaltet werden, dass sie einen effektiven Beitrag zu den Klimazielen leistet?“, „Welchen Beitrag kann die Elektromobilität leisten und wie kann diese gefördert werden?“ oder „Welche weiteren Massnahmen sind sinnvoll und wie können diese verwirklicht werden?“.

Sitzung vom 17. September 2018 zum Thema „Neues Bundesgesetz über elektronische Medien: Position SP?“. Thema dieser Sitzung war das vom Bundesrat in Vernehmlassung gegebene neue Bundesgesetz über elektronische Medien und die Positionsfindung der SP dazu. Mit dem neuen Gesetz sollten zentrale Weichen für den medialen Service public gestellt werden; sowohl für die SRG als auch für die privaten Anbieterinnen. Nachdem die emotionale Debatte um No Billag zu einem klaren Bekenntnis für eine flächendeckende mediale Versorgung geführt hat, soll ein neues Gesetz geschaffen werden, das die technologischen Entwicklungen im Medienbereich aufgreift und abbildet. In der Fachkommission wurden sodann die zentralen Punkte des neuen Gesetzes diskutiert und damit ein Beitrag geleistet für eine Positionierung der SP. Zu diesem Zweck wurden Fachleute aus verschiedenen Bereichen eingeladen, die jeweils einen Input gaben und für die Diskussion zur Verfügung standen. Insbesondere wurde auch die Frage diskutiert, wie die gedruckte Presse gefördert werden kann. Denn diese wird vom geplanten Gesetz nicht erfasst, muss aber in Bezug auf Qualität und Vielfalt ebenfalls gestärkt werden.

Für Inputs und Diskussionen anwesend waren Camille Roseau, Co-Präsidentin Verband Medien mit Zukunft, Philipp Metzger, Direktor Bundesamt für Kommunikation BAKOM, sowie Marco Geisbühler, Regionalsekretär Medien Syndicom.

Sitzung vom 3. Dezember 2018 zum Thema „Postfinance vor wichtiger Weichenstellung“. Im Zentrum der Sitzung stand die geplante Teilrevision des Postorganisationsgesetzes, mit der PostFinance erlaubt werden soll, Hypotheken und Kredite anzubieten. Damit soll PostFinance das notwendige Eigenkapital beschaffen, das sie seit der von der SNB 2015 vorgenommenen Einstufung als „systemrelevant“ auszuweisen haben. Denn die revidierte Eigenmittelverordnung sieht erhöhte Kapitalanforderungen vor für Sanierung und Abwicklung der systemrelevanten Banken. Zudem spricht sich der Bundesrat für eine Öffnung des Aktionariats aus.

PostFinance ist mit knapp 3 Millionen Kundinnen und Kunden und einem Kundenvermögen von rund 120 Milliarden Franken eines der grössten Finanzinstitute der Schweiz. Sie nimmt den gesetzlichen Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr wahr. Gemäss Postorganisationsgesetz darf PostFinance aktuell keine Kredite und Hypotheken an Dritte vergeben. Sie untersteht seit ihrer Ausgliederung als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft 2013 der Finma und verfügt über eine Bewilligung als Bank und Effektenhändlerin.

An der Fachkommission wurde die bisherige Haltung der SP, dass es PostFinance erlaubt werden soll, Hypotheken und Kredite anzubieten, eine Teilprivatisierung aber mit Nachdruck abgelehnt wird, diskutiert und aufgrund der Fachinputs weiterentwickelt. Für Fachinputs und Diskussionen anwesend waren János Blum, Vizepräsident Bankrat ZKB, Daniel Münger, Präsident Syndicom, sowie Hansruedi Köng (Vorsitzender Geschäftsleitung) und Matthias Dietrich (Leiter Kommunikation ad interim) von der Postfinance.

Sitzung vom 11. März 2019 zum Thema „Ausbauschnitt 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur (AS 2035)“. An der März-Sitzung wurde der Ausbauschnitt 2035 (AS 2035) des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur (STEP) thematisiert. Der AS 2035 führt die rollende Planung beim Ausbau der Bahninfrastruktur fort. Er beinhaltet rund 200 Infrastrukturmassnahmen, um die sich bis 2030 abzeichnenden Engpässe im Personen- und im Güterverkehr zu beseitigen. Nebst der Erhöhung der Kapazität des Schienennetzes sieht der AS 2035 auch Verbesserungen bei der Stabilität, der Zuverlässigkeit und der Pünktlichkeit vor. Das vom Bundesrat geschnürte Massnahmenpaket umfasst Investitionen von 11.9 Milliarden Franken, welche aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) finanziert werden.

Zusammen mit den eingeladenen Gästen Anna Barbara Remund, Vizedirektorin BAV und Leiterin Abteilung Infrastruktur, Christa Hostettler, Generalsekretärin BPUK und KÖV, sowie Laura Schmid,

Projektleiterin Verkehrspolitik VCS, diskutierte die Fachkommission über den AS 2035 und die von der ständerätliche Verkehrskommission in der Detailberatung ergänzten Infrastrukturprojekte. Die beantragten Änderungen erhöhen das Investitionsvolumen um 919 Millionen auf 12.8 Milliarden Franken.

Sitzung vom 17. Juni 2019 zum Thema „Gefahren und der Nutzen von 5G“. Im Zentrum der Sitzung stand die fünfte und neuste Mobilfunkgeneration – kurz 5G. Diese verbreitet nicht nur Freude, sondern auch Unsicherheit, Unmut und Angst. Zusammen mit der Branche, den 5G-Gegner_innen und der Wissenschaft diskutierte die Fachkommission über die neue Technologie und deren Gefahren und Nutzen. Dabei wurden auch Fragen zu den gesundheitlichen Gefahren der 5G-Strahlung und zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der stetigen Digitalisierung in immer mehr Bereichen unseres Lebens diskutiert.

Für Inputs und Diskussionen anwesend waren Christian Grasser, Geschäftsführer Asut (Schweizerischer Verband der Telekommunikation), Dr. med. Edith Steiner, Leiterin der internen Arbeitsgruppe „elektromagnetische Felder und Gesundheit“ der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) und AefU-Vertretung in der vom BAFU einberufenen beratenden Expertengruppe BERENIS, Markus Durrer, Technischer Berater der AefU und Vertreter der AefU/Umweltallianz in der NISV-Vollzugsbegleitgruppe des BAFU, sowie Sven Kühn, Departement Informationstechnologie und Elektrotechnik der ETH Zürich (D-ITET).

Sitzung vom 16. September 2019 zum Thema „Expertenbericht zur Corporate Governance (Juni 2019)“. An dieser Sitzung wurde der so genannte „Corporate-Governance-Bericht“ vorgestellt und diskutiert. Aufgrund verschiedener Vorkommnisse (Postauto-Affäre, Cyber-Angriff auf RUAG, Datendiebstahl Swisscom) hat der Bundesrat 2018 beschlossen, die Steuerung der bundesnahen Unternehmen extern überprüfen zu lassen. Der Bund steuert die bundesnahen Unternehmen über die Wahl des Verwaltungsrates, die Festlegung der strategischen Ziele sowie die diesbezügliche Berichterstattung. Der Fokus der Überprüfung wurde auf die Unternehmen gerichtet, die überwiegend Dienstleistungen am Markt erbringen (Post, RUAG, SBB und Swisscom). Der Ende Juni 2019 erschienene Corporate Governance-Bericht kommt zu einem insgesamt positiven Fazit. Trotzdem weisen die Experten mit verschiedenen Empfehlungen aber punktuell auch auf Optimierungspotenzial hin.

Nach den Inputreferaten von Dr. rer. pol. Stefan Rieder, Geschäftsführer INTERFACE Politikstudien Forschung Beratung (Mitautor des Berichts), sowie Serge Gaillard, Direktor der Eidgenössische Finanzverwaltung EFV, stellten die anwesenden Fachkommissionsmitglieder Fragen zum Bericht und es wurde eine Diskussion über die Steuerung der bundesnahen Unternehmen geführt.

Sitzung vom 9. Dezember 2019 zum Thema „5G: Bericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung“. Die Dezember-Sitzung der Fachkommission thematisierte erneut die neue Mobilfunktechnologie 5G. Diskutiert wurde dabei der unter der Leitung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) erschienene Bericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung. Alt Bundesrätin Doris Leuthard, ehem. Vorsteherin des UVEK, hat im September 2018 entschieden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die über den Bereich Mobilfunk und Strahlung diskutieren soll. Die Arbeitsgruppe sollte insbesondere Bedürfnisse und Risiken beim Aufbau von 5G Netzen analysieren und dazu einen Bericht mit Empfehlungen verfassen. Zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe wurden Expertinnen und Experten zum Thema nichtionisierender Strahlung und 5G-Technologie beigezogen. Dazu gehören die Ärzteschaft, die Mobilfunkanbieter sowie unabhängige wissenschaftliche Experten zu gesundheitlichen und technischen Fragen. Zudem waren diejenigen Behörden von Bund und Kantonen beteiligt, welche in die Thematik involviert sind.

Zusammen mit zwei Gästen aus dem BAFU (Paul Steffen, Vizedirektor BAFU) und dem BAKOM (René Dönni Kuoni, Vizedirektor BAKOM) analysierte und diskutierte die Fachkommission diesen Bericht.

Präsident: Philipp Hadorn

*Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger bis Dezember 2018; Claudia Alpiger ab Januar 2019,
claudia.alpiger@spschweiz.ch*

Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an acht Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Sitzung vom 15. März 2018 zum Thema „Klimapolitik: CO₂-Gesetz und Umsetzung des Pariser Abkommens; Kompensationsprojekte im In- und Ausland“. Im Zentrum der Sitzung stand die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, welches die Klimapolitik nach 2020 und die Umsetzung des Pariser Abkommens zum Ziel hat. Aus Sicht der SP besteht grosser Verbesserungsbedarf insbesondere beim Tempo der Emissionsreduktion (Erhöhung!) und bei den Vorgaben für die Finanzierung des Schweizer Anteils an der internationalen Klimafinanzierung. Weiter fehlt es an Massnahmen, die die Finanzflüsse in Einklang mit den Klimazielen bringen, und das Gebäudesanierungsprogramm muss weitergeführt werden. Letztlich braucht es griffigere Massnahmen beim Verkehr.

Nationalrat Beat Jans stellte an der Fachkommission die aus Sicht der SP zentralen Forderungen vor. Dabei wurden auch die CO₂-Kompensationsprojekte im In- und Ausland, insbesondere im Verkehrsbereich, genauer beleuchtet und Fragen wie „Wie werden Emissionen tatsächlich reduziert und wie werden sie angerechnet?“ oder „Funktioniert das System und greifen die Massnahmen bzw. wie könnten sie, insbesondere im Verkehrsbereich, verbessert werden?“ diskutiert. Als weiterer Gast stellte Marco Berg, Geschäftsführer der Stiftungen Klimaschutz und CO₂-Kompensation (KliK) und Klimarappen Kanton Basel-Stadt, die Arbeit der Stiftungen KliK bzw. Klimarappen anhand von konkreten Projekten im In- und Ausland vor.

Sitzung vom 14. Juni 2018 zum Thema „Heimat- und Naturschutz unter Druck: Handlungsmöglichkeiten?“. In der Fachkommission vom 14. Juni 2018 wurde diskutiert, wie mit den aktuellen Herausforderungen im Heimat- und Naturschutz umzugehen ist, mit dem Ziel, das Schutzniveau zu erhalten bzw. auszubauen. Denn verschiedene politische Vorlagen bringen den Natur- und Heimatschutz zunehmend unter Druck: Die parlamentarische Initiative Eder 12.402 („Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und ihre Aufgabe als Gutachterin“) will eine Lockerung des Natur- und Heimatschutzgesetzes, die dazu führen würde, dass den Interessen der Kantone bei der Abwägung von Schutz- und Nutzungsinteressen mehr Gewicht zukommen würde. Als Folge davon würde der Kreis der möglichen Vorhaben in Schutzgebieten erweitert und die Rechtunsicherheit zunehmen. Die anstehende Revision des Raumplanungsgesetzes Etappe 2 nimmt die Frage des Bauens ausserhalb der Bauzonen auf, und verschiedene Vorstösse machen bereits deutlich, dass der Trennungsgrundsatz zunehmend unter Druck kommt. Bei der Änderung des Jagdgesetzes (17.052) hat die UREK-S beschlossen, die Regulierung des Bestandes geschützter Tierarten neu zu handhaben. Mit anderen Worten: Geschützte Arten kommen unter Beschuss, der Schutz würde ausgehöhlt. Dies sind Beispiele, die deutlich machen, dass der Heimat- und Naturschutz unter Druck steht.

Für Inputs und Diskussionen anwesend waren Stella Jegher, Abteilungsleiterin Politik und Internationales Pro Natura, sowie Adrian Schmid, Geschäftsführer Schweizer Heimatschutz.

Sitzung vom 27. September 2018 zum Thema „Hitzesommer, CO₂-Gesetz und Gletscher-Initiative“. An der Fachkommissionssitzung vom September 2018 waren die Rekordtemperaturen und die Trockenheit des vergangenen Sommers, das CO₂-Gesetz sowie die von engagierten Einzelpersonen rund um Marcel Hänggi geplante eidgenössische Volksinitiative „Gletscher-Initiative“ Thema. Die Kernforderung der Gletscher-Initiative ist, dass ab 2050 die Schweiz kein menschengemachtes CO₂ mehr ausstossen und damit die Ziele des Pariser Abkommens einhalten soll.

Der eingeladene Initiant der Gletscher-Initiative, Marcel Hänggi, Journalist und Buchautor, diskutierte zusammen mit den anwesenden Fachkommissionsmitgliedern die konkreten Inhalte der Initiati-

ve, inwiefern die SP dieses Anliegen unterstützen könne und was überhaupt die Rolle der Politik in diesem Anliegen sei. Die anwesenden SP-Mitglieder der UREK-N informierten zudem über den Stand der Dinge bei der Beratung des CO₂-Gesetzes.

Sitzung vom 13. Dezember 2018 zum Thema „Strommarktöffnung“. Thema dieser Sitzung war die vom Bundesrat in Vernehmlassung gegebene Revision des Stromversorgungsgesetzes, womit der Bundesrat für den Strommarkt neue Rahmenbedingungen schaffen will. Im Zentrum der Revision steht die vollständige Öffnung des Strommarkts, wodurch auch kleine Konsumentinnen und Konsumenten und Betriebe die Möglichkeit erhalten sollen, dass sie in den freien Markt wechseln können. Endkundinnen und Endkunden, die in der Grundversorgung bleiben, sollen zudem ausschliesslich Strom aus der Schweiz erhalten, welcher zu einem Mindestanteil aus erneuerbaren Energien produziert werden muss. Weiter soll auch künftig im Strommarkt nur die erzeugte Energie gehandelt und vergütet werden (Energy-Only-Markt), und es soll keine zusätzliche Förderung für Investitionen in Kraftwerkskapazitäten erfolgen. Neu wird auch eine Speicherreserve vorgeschlagen, die dazu dienen soll, die Schweiz auch in Extremsituationen zu versorgen.

Zum Vernehmlassungsstart hat sich die SP kritisch positioniert. Die Diskussion um diese Positionierung wurde zusammen mit Fachleuten weitergeführt, um damit einen Beitrag zur abschliessenden Parteipositionierung zu leisten. Für Inputs und Diskussionen anwesend waren Matthias Gysler, Chefökonom BFE und Leiter Marktregulierung, Stefan Giger, Generalsekretär VPOD, sowie Ronny Kaufmann (CEO) und Jan Flückiger (Leiter Public Affairs) von Swisspower.

Sitzung vom 21. März 2019 zum Thema „Umweltproblematik Plastik“. Im Zentrum der Sitzung stand die Plastik-Problematik, die im Rahmen des Klimawandels und der Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen immer wieder thematisiert wird. Neben den Plastiksäckli, die zwar in den meisten Geschäften nun kostenpflichtig sind und deren Verbrauch dadurch reduziert wurde, und den Trinkröhrchen, die auf europäischer Ebene verboten werden sollen, müssen wir uns je länger desto mehr ebenfalls Gedanken über den sogenannte „Mikroplastik“ machen. Nicht nur in den Weltmeeren ist der Mikroplastik immer häufiger anzutreffen, sondern auch in den hiesigen Binnengewässern. Aber auch andere Kunststoffe als die gängigen Plastikutensilien belasten unsere Umwelt (z.B. die Luft- und Wasserverfrachtung von Pneubetrieb, das Waschen synthetischer Textilien oder der Abrieb und die Verwitterung von Farben).

Zusammen mit der Geschäftsführerin der Gewässerschutzorganisation Aqua Viva (Antonia Eisenhut) und dem BAFU-Sektionschef für Siedlungsabfälle (Marco Buletti) wurde darüber diskutiert, ob und wo bei der Plastikproblematik Handlungsbedarf besteht und ob dazu Gesetzesanpassungen nötig wären.

Sitzung vom 20. Juni 2019 zum Thema „Revision Raumplanungsgesetz - 2. Etappe (RPG 2)“. Im Zentrum der Sitzung stand die zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2). Mit dem RPG 2 soll das Bauen ausserhalb der Bauzonen neu geregelt werden. Dabei soll das grundlegende Prinzip der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet gewahrt bleiben. Die Kantone sollen aber einen grösseren Gestaltungsspielraum erhalten. Damit dieser genutzt werden kann, muss für Mehrnutzungen ein Ausgleich geschaffen werden, indem zum Beispiel nicht mehr benötigte Bauten beseitigt werden – dies soll gestützt auf einem sogenannten „Planungs- und Kompensationsansatz“ geschehen. Der Revisionsentwurf des Raumplanungsgesetzes für die zweite Etappe stösst in gewissen Kreisen auf Kritik (z.B. beim Bauernverband, aber auch bei den Umweltorganisationen) und einiges bleibt unklar (z.B. die Praktikierbarkeit und Umsetzung des vorgesehenen Planungs- und Kompensationsansatzes).

Zusammen mit den Gästen Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung ARE, Elena Strozzi, Pro Natura, sowie Lukas Bühlmann, Direktor Espace Suisse (und Vizepräsident Stif-

tung Landschaftsschutz Schweiz), diskutierte die Fachkommission die Vor- und Nachteile des Revisionsentwurf, die Umsetzbarkeit sowie und allfällige Verbesserungsmöglichkeiten.

Sitzung vom 26. September 2019 zum Buch „Sonne für den Klimaschutz“ (R. Nordmann, 2019) und zum SP-Klima-„Marshallplan“. An der September-Sitzung stellte SP-Fraktionspräsident und SP-Nationalrat Roger Nordmann sein Buch „Sonne für den Klimaschutz – Ein Solarplan für die Schweiz“ vor. In seiner Präsentation zeigte Roger Nordmann auf, wie die Schweiz klimaneutral und ölfrei werden kann. Sein zentrales Element ist dabei der Ausbau der Photovoltaik auf das 25-fache der heute installierten Leistung.

Daneben wurde der im Juli 2019 von der SP vorgestellte Klima-„Marshallplan“ für die Energiewende thematisiert. Dieses pioniermässige Investitionsprogramm setzt ebenfalls auf Solarenergie sowie Energieeffizienz, um den Ausstieg aus den fossilen Energien zu beschleunigen. Die Wärmeversorgung, industrielle Prozesse und der Verkehr müssen rasch auf erneuerbare, einheimische Energie umgestellt werden. Der Klima-„Marshallplan“ zeigt auf, dass dieser Umbau sozialverträglich finanzierbar ist und sich zudem für die Schweiz wirtschaftlich auszahlt. Bei den insgesamt 40 Massnahmen des Klima-„Marshallplans“ geht es insbesondere darum, mit privaten und öffentlichen Mitteln in der Schweiz massive Investitionen in die Steigerung der Energieeffizienz und die Gewinnung erneuerbarer Energie auszulösen. Doch auch die vorhandenen Hebel auf internationaler Ebene muss die Schweiz in Bewegung setzen.

Sitzung vom 19. Dezember 2019 zum Thema „(Strom-) Versorgungssicherheit“. An der Dezember-Sitzung stand die künftige Versorgungssicherheit im Mittelpunkt. Denn aufgrund des in der Energiestrategie 2050 (ES 2050) vorgesehenen Ausstiegs aus der Atomenergie sinkt der Anteil der Stromproduktion im Inland. Trotz steigender Produktion aus erneuerbaren Quellen (Sonne) ist die Schweiz daher künftig auch verstärkt auf Stromimporte angewiesen. Die Exportfähigkeit der Nachbarländer ist aber nicht mehr jederzeit gewährleistet, da in diesen Ländern ein massiver Abbau von Kapazität aus Atom- und Kohleenergie ansteht. Zudem kann die Schweiz nicht am EU-Strombinnenmarkt teilnehmen, solange kein Stromabkommen abgeschlossen ist.

In ihrer Einschätzung zur Versorgungssicherheit hielt die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) am 31. Mai 2018 fest, dass aus Stabilitätsgründen dafür zu sorgen sei, dass ein substanzieller Teil der wegfallenden Winterproduktion aus Atomkraft weiterhin im Inland produziert werde. Die Elcom fordert dafür neben der strategischen Reserve weitere Massnahmen, um auch in Zukunft eine substanzielle Energieproduktion in der Schweiz im Winterhalbjahr aufrechtzuerhalten. Hinsichtlich der Zielerreichung der ES 2050 und der Sicherstellung eines angemessenen inländischen Produktionsanteils zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit besteht daher ein Vakuum. Es braucht Rahmenbedingungen, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Zusammen mit den Gästen Renato Tami, Geschäftsführer ElCom, Michael Bhend, Leiter Sektion Netze und Europa ElCom, sowie Eric Nussbaumer, SP-Nationalrat Kanton Basel-Landschaft, diskutierte die Fachkommission über die zukünftige Stromversorgung und wie wir damit umgehen wollen.

Präsidentin: Silva Semadeni

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger bis Dezember 2018; Claudia Alpiger ab Januar 2019, claudia.alpiger@spschweiz.ch

Commission spécialisée « Recherche, formation et culture »

6 mars 2018

La Commission spécialisée a approfondi la question de la pénurie de main-d'œuvre. En particulier, elle s'est penchée sur la manière dont les projets prometteurs pouvaient être implémentés définitivement une fois que l'initiative FKI de la Confédération aurait touché à son terme. Dans ce cadre-là, elle s'est intéressée à la formation continue et la formation de rattrapage en tant que clés pour remédier à la pénurie de main-d'œuvre spécialisée. À cet effet, elle a entendu M. Bernhard Grämiger, directeur de la Fédération suisse pour la formation continue, ainsi que Mme Rebekka Risi, directrice de Modèle F.

5 juin 2018

La deuxième séance de la période observée s'est déroulée sous le thème de l'encouragement précoce. La commission a pris acte du fait que ce domaine devait être mieux ancré et encouragé, notamment pour des raisons d'équité des chances en matière de formation. La Suisse devrait investir davantage de moyens financiers dans l'encouragement précoce et garantir, notamment, une meilleure coordination de l'offre entre la Confédération, les cantons, les communes et les prestataires privés. Pour en parler, elle a reçu M. Heinz Altorfer, membre de la Commission suisse pour l'UNESCO, et notre conseiller national (BE) Matthias Aebischer, qui a déposé l'initiative parlementaire 17.412.

24 septembre 2018

La formation professionnelle était au cœur des réflexions de cette séance de la commission spécialisée. À cette occasion, la commission s'est penchée sur l'initiative « Formation professionnelle 2030 », lancée en 2016 conjointement par la Confédération et les partenaires de la formation professionnelle. Elle a notamment abordé les défis qui attendaient la formation professionnelle, ainsi que les mesures pour y répondre. Les intervenants invités étaient M. Josef Widmer, directeur adjoint du SEFRI, et notre conseiller national (BE) Adrian Wüthrich, président de Travail.Suisse.

11 décembre 2018

Le rapport national 2018 sur l'éducation en Suisse a retenu toute l'attention de la commission lors de la quatrième séance de la période observée. Il s'agissait de faire le point sur les objectifs en matière de politique de la formation et les mesures pour les atteindre. Elle a essentiellement traité de la question de la formation continue, des défis liés au changement technologique et des incitatifs favorisant le suivi d'une formation continue. À cet effet, la commission a reçu le professeur Dr Stefan C. Wolter, directeur du Centre suisse de coordination pour la recherche en éducation.

19 mars 2019

Au début de l'année 2019, la nouvelle Secrétaire d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation, Mme Martina Hirayama, est entrée en fonction. Elle fut l'invitée d'honneur de la Commission spécialisée. Cette rencontre a permis d'établir un échange informel ayant porté sur les priorités du PS : message FRI, Horizon Europe, Erasmus+, formation continue, et encouragement précoce ont fait partie des points importants abordés durant cette séance.

18 juin 2019

Les enjeux actuels et futurs en matière d'échange et de mobilité ont constitué le point fort de la dernière séance de la commission durant la période observée. La commission a pris acte du fait que si la Suisse souhaitait atteindre l'objectif ambitieux de permettre à tout-e jeune de participer à

un échange linguistique au moins une fois durant le parcours scolaire, il fallait investir deux fois plus de moyens qu'actuellement. En outre, la commission a thématiqué le contexte politique actuel en lien avec la participation de la Suisse au programme européen Erasmus. Pour en discuter, la commission a accueilli MM. Olivier Tschopp et Christophe Bettin, respectivement directeur et chef du domaine Formation professionnelle et Activités de jeunesse à la fondation Movetia, ainsi que Lea Meister, cheffe du domaine politique auprès du Conseil Suisse des Activités de Jeunesse (CSAJ).

Remarque: au vu de la faible participation aux séances de la Commission spécialisée, la Présidence de la commission a décidé de suspendre le rythme trimestriel des séances au profit d'un colloque annuel.

Présidence : Martina Munz

*Secrétaire politique : Chantal Gahlinger (jusqu'en décembre 2018),
puis Jacques Tissot (jusqu'en décembre 2019)*

Fachkommission für Migration und Integration

An der Sitzung vom September 2018 widmeten wir uns dem Thema „Stärken und Defizite der aktuellen Integrationspolitik: die Rolle der politischen Integration vor, während und nach der Einbürgerung“. Wir diskutierten diese Fragen anhand von mehreren spannenden Input-Referaten von Expert_innen aus der Wissenschaft und Praxis.

Die nächste Sitzung fand im November 2018 statt. Dort thematisierten wir die Frage der Vorläufigen Aufnahme von geflüchteten Menschen in der Schweiz mit einem Fokus auf die Situation der Eritreer_innen. Wir konnten dabei die Ausführungen von hochrangigen Vertreter_innen aus dem Staatssekretariat für Migration (SEM), dem Aussendepartement (EDA) sowie von einem in der Schweiz wohnhaften eritreischen Menschenrechtsanwalt zur Kenntnis nehmen und dazu einen spannenden Austausch durchführen.

Die erste Sitzung im 2019 fand im März statt und behandelte das Thema Schweizer Migrationsbevölkerung und Gleichstellung von Frau und Mann. Mit Blick auf das Frauenjahr und den Frauenstreik referierte dazu eine Projektleiterin des Kompetenzzentrums Integration der Stadt Bern, gefolgt von einer vielfältigen Diskussion.

Die nächste Sitzung fand im Juni 2019 statt und widmete sich dem Thema der Dauer der Asylverfahren für aussichtsreiche Bewerber_innen. Wir konnten dabei einen Austausch zwischen einer spezialisierten Asylrechtsanwältin und dem zuständigen Vertreter des Staatssekretariats für Migration durchführen.

Die Sitzung im Dezember widmete sich dem Thema der Willkür in der Erteilung und Verlängerung von Niederlassungsbewilligungen C. Wir diskutierten diese besorgniserregende Tendenz mit Direktbetroffenen, einem Vertreter des SEM sowie einer Mitarbeiterin der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht.

*Co-Präsidenten: Cédric Wermuth und Mustafa Atici
Politischer Fachsekretäre: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch und
Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch*

Fachkommission für Staat und Recht

Die Fachkommission hat ihren regelmässigen Sitzungsturnus aufgrund geringer Teilnahme seitens der Mitglieder und Interessierten vorläufig eingestellt. Das Präsidium ist derzeit vakant, das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren.

Präsidium: vakant

Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch

Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

An der ersten Sitzung der Fachkommission im Jahr 2018 fand im Februar ein spannender Austausch zwischen den zahlreich anwesenden Mitgliedern der Fachkommission und dem zuständigen Experten des Bundesamtes für Justiz zum Thema Ehe für alle statt. Dabei diskutierten wir intensiv über unsere Strategie zur Weiterverfolgung dieser Vorlage insbesondere mit Blick auf die Beschränkung auf eine schlanke Kernvorlage und eines Miteinbezugs des Zugangs zur Samenspende für lesbische Ehepaare.

Die zweite Sitzung im Jahr 2018 widmeten wir im September der Vorlage zur zivilstandsrechtlichen Geschlechtsumwandlung. Wir liessen uns dabei die Vorlage von den Expert_innen der Verwaltung vorstellen und diskutierten mit Vertretern von Transgender Network Switzerland über ihre Position zu dieser Vorlage.

An der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 2. März in Goldau wurde Muriel Waeger als Nachfolgerin von Barbara Lanthemann als Co-Präsidentin der Fachkommission neben Angelo Barrile gewählt.

Die erste Sitzung im Jahr 2019 fand im März statt. Dort liessen wir uns von einer spezialisierten Anwältin über die aktuelle Rechtslage bezüglich dem Zugang zur Fortpflanzungsmedizin bei gleichgeschlechtlichen Paaren informieren mit einem Fokus auf die Regelung, die aktuell in der Vorlage zur Ehe für alle diskutiert wird.

An der zweiten Sitzung im Jahr 2019 haben wir im Juni einen Überblick über zentrale Vorstösse von SP-Fraktionsmitgliedern im LGBTQI-Bereich gemacht und uns dabei über Vorstösse von Samira Marti, Angelo Barrile und Mathias Reynard zu den Themen Gesundheit von LGB-Personen und HIV-Prophylaxe informiert.

Die letzte Sitzung dieses Jahres fand im Dezember 2019 statt. Dort haben wir uns schwergewichtig der Vorlage zur Erweiterung der Anti-Rassismussstrafnorm auf die sexuelle Orientierung (JA zum Schutz vor Hass) gewidmet. Wir liessen uns den Inhalt der Vorlage vorstellen und informierten uns über die geplanten Kampagnenaktivitäten der SP Schweiz. Erfreulicherweise endete dieser Abstimmungskampf mit einem deutlichen Sieg am 9. Februar. Daneben haben wir uns auch noch über den Stand der Dinge zur Ehe für alle informiert.

*Co-Präsident_innen : Angelo Barrile und Muriel Waeger
Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch*

Fachkommission Wirtschaft und Finanzen

Die vierteljährlichen Treffen der wirtschafts- und finanzpolitischen Fachkommission bringen regelmässig Expert_innen aus der Privatwirtschaft, Verwaltung wie auch der Wissenschaft mit den Wirtschafts- und Finanzpolitiker_innen der Partei und Fraktion zusammen.

Im Zentrum der Arbeiten der Fachkommission in den beiden Berichtsjahren standen zum einen die grossen steuerpolitischen Vorlagen: So hat sich die Fachkommission Wirtschaft und Finanzen an zwei Sitzungen mit Experten und Wissenschaftlerinnen ausführlich mit der Steuervorlage 17 bzw. mit der Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF) auseinandergesetzt. Die Vorlage wurde in allen wesentlichen Details und Zusammenhängen analysiert und diskutiert. Eine eigene Sitzung war den Auswirkungen der STAF auf den Nationalen Finanzausgleich (NFA) gewidmet, die zusammen mit SP-Finanzdirektorinnen erörtert wurden. Weitere wichtige Steuervorlagen, wie die Abschaffung der so genannten Heiratsstrafe oder die Abschaffung des Eigenmietwerts, wurden an Sitzungen der Fachkommission mit externen Experten daraufhin untersucht, wie die Vorlagen auf eine sozialverträgliche und finanzpolitisch verantwortliche Art umgesetzt werden könnten. Die Fachkommission erarbeitete dabei auch Fragestellungen, die im Nachgang mit Studien weiter vertieft und für den politischen Prozess aufbereitet wurden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Revision des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), bei der es im Wesentlichen darum ging, die unter dem Druck der Versicherungen massiv verschlechterte Stellung der Versicherten wieder zu korrigieren. Die Fachkommission lieferte wichtige Grundlagen für die Arbeiten in den zuständigen Kommissionen des Parlaments. Schliesslich lud die Fachkommission 10 Jahre nach der Weltfinanzkrise 2008 zu einem prominenten Panel von Experten ein, um die Frage zu erörtern, wie sicher die Schweizer Banken heute sind, wie krisenfest der Finanzplatz ist und welche neuen Risiken – beispielsweise Klimarisiken (stranded assets) – bei den Banken lauern. Auch hier ging es darum, den aktuellen Handlungsbedarf für Bundesrat und Parlament aufzuzeigen. Die Arbeiten der Fachkommission für Wirtschaft und Finanzen wurden in der Berichtsperiode von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer koordiniert und begleitet.

Präsidentin: alt NR Susanne Leutenegger Oberholzer

Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch

Fachkommission Landwirtschaft

Die agrarpolitische Fachkommission besteht aus einem verhältnismässig kleinen, dafür aber umso sachkundigeren Kreis von rund einem Dutzend Expert_innen, die sich in der Regel einmal pro Halbjahr in der Session zu einer Sitzung trifft. Die Fachkommission ist für den Positionsbezug von Partei und Fraktion in Landwirtschaftsfragen immer wieder entscheidend. Während den Berichtsjahren stand die Arbeit der Fachkommission im Zeichen der bevorstehenden Weiterentwicklung der neuen Agrarpolitik. So startete die Fachkommission bereits im März 2018 mit einem Experten-austausch zur Gesamtschau des Bundesrats zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik, das heisst zum Konzept für die Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 (AP22+). Der Bauernverband hatte heftig auf das Konzept reagiert und dem Bundesrat vorgeworfen, er vermische darin Innen- und Aussenhandelspolitik, so dass an beiden Fronten nichts Gutes herauskommen könne. Die Agraral-lianz hingegen sah darin eine Chance und hat eine Debatte um eine selbstbestimmte Weiterent-wicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft lanciert. Die Fachkommission Landwirtschaft nahm diese Debatte auf und hat in der Folge auch die weiteren Etappen zur Entwicklung der AP 22+ eng begleitet.

In den weiteren Sitzungen widmete sich die Fachkommission vor allem der Trinkwasserinitiative und der Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Der Bundesrat lehnt beide Initiati-ven ohne Gegenvorschlag ab. Er verwies auf seinen eigenen Aktionsplan von 2017, der die Bauern animieren sollte, weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen, und verwies auf die AP22+. Die Fach-kommission Landwirtschaft liess sich nicht mit diesen Versprechen abspeisen und begann bereits im Frühjahr 2019 mit den Arbeiten an einem glaubwürdigen und effektiven Gegenvorschlag gegen die beiden Anti-Pestizid-Initiativen. Weitere Themen waren die Erleichterungen des Zugangs für Quereinsteiger in die Landwirtschaft und in diesem Zusammenhang zum einen das bäuerliche Bodenrecht, das heute die Weitergabe von Bauernland in der Familie privilegiert, und zum zweiten die Ausbildungsanforderungen für den Bezug von Direktzahlungen. All diese Arbeiten der Fach-kommission wurden von Nationalrat Beat Jans koordiniert und begleitet.

Präsident: Beat Jans

Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch

Fachkommission für Aussenpolitik

Die Fachkommission (FK) befasste sich im Berichtszeitraum an acht Sitzungen mit folgenden Themen:

Am 26. Februar 2018 diskutierte die FK „Wie die Krise in der Demokratischen Republik Kongo überwinden?“ Welchen Beitrag kann die Entwicklungszusammenarbeit in einem fragilen Kontext leisten? Wie kann dem Nachhaltigkeitsziel 16 der UNO-Agenda 2030 für Rechtsstaatlichkeit, Eindämmung der Gewalt und mehr Legitimität lokaler und überregionaler staatlicher Behörden Nachachtung verschafft werden? Welche Rolle kann die afrikanische Diaspora bei der Erreichung dieser Ziele spielen? Es zeigte sich, dass im Dreieck Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung und Einbezug der Diaspora noch grosse Defizite bestehen, was die Wirksamkeit der Arbeit vermindert.

Am 28. Mai 2018 ging es um „Sanktionen gegen Russland, Venezuela, Syrien, Iran, RD Kongo usw. – was bewirken sie und wo steht die Schweiz?“. Der Chef Exportkontrolle und Sanktionen des SECO ging auf die Frage ein, wann sich die Schweiz internationalen Sanktionen anschliesst (Venezuela); wann sie sich darauf beschränkt, die Umgehung von Sanktionen über die Schweiz zu vermeiden (Ukraine/Russland); was die Politik vorkehren kann, wenn die Schweizer Wirtschaft und Banken autonom US-Sanktionen nachvollziehen, obschon die Schweiz diese nicht übernommen hat (Iran/russische Oligarchen); und ob die gegen Syrien ergriffenen Massnahmen tatsächlich jene treffen, welche die schlimmsten Kriegsverbrechen begehen. Die Diskussion zeigte auf, dass es dazu kaum Transparenz gibt, der Bundesrat seine Entscheidungskriterien und seine Evaluationsergebnisse nicht offenlegt und damit auch keine Klarheit über die Wirkung von Sanktionen schafft.

Am 10. Sept. 2018 befasste sich die FK mit der Frage „Welche Ziele verfolgt die Schweiz in ihrer „Innovativen strategischen Partnerschaft“ mit China und welche China-Strategie fordert die SP?“. Die FK hörte Botschafter Raphael Nägeli (EDA) und Valérie Berset Bircher an, die im SECO für die Umsetzung des Abkommens über die Zusammenarbeit in Arbeits- und Beschäftigungsfragen der Schweiz mit China zuständig ist. Auf Initiative von SP Nationalrat Fabian Molina erarbeiteten aus dieser FK-Sitzung heraus SP-Fachleute in einem Workshop zu Handen der Fraktion ein gehaltvolles Positionspapier für eine China-Strategie der SP. Die Fraktion reichte eine Reihe von Vorstössen ein. Der Bundesrat nahm die SP-Motion für eine China-Strategie entgegen und setzt diese seither um.

Am 26. November 2018 griff die FK das damals hoch aktuelle Thema auf, wie der „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ (UNO-Migrationspakt) die multilaterale Gouvernanz stärkt und welchen Stellenwert er für die Migrationspolitik der Schweiz hat. Auskunft gaben Eduard Gnesa als ehemaliger Sonderbotschafter der Schweiz für internationale Migrationszusammenarbeit im EDA sowie Geert van Dok, Helvetas, Autor des Positionspapiers „Wieso Migration zu gestalten ist“. Die SP setzte alles daran, damit der Bundesrat den UNO-Migrationspakt in eigener Kompetenz unterstützt. Die Parlamentsmehrheit folgte aber dem Skandalisierungsgeschrei der SVP und setzte ohne rechtliche Grundlage ein Mitentscheidungsrecht durch. Die Schweiz spielte bei der Erarbeitung des UNO-Migrationspaktes eine führende Rolle und erlitt einen erheblichen aussenpolitischen Schaden dadurch, dass sie bei der Zeremonie für die feierliche Verabschiedung nicht dabei sein konnte.

Am 4. März 2019 stellte DEZA-Direktor Manuel Sager die „strategischen Eckpunkte des Bundesrates über die Neuausrichtung der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz“ vor. Die FK disku-

tierte zusammen mit Eva Schmassmann von Alliance Sud, wie diese Eckpunkte einzuschätzen sind. Dies bildete eine wichtige Grundlage für die Redaktion der SP-Stellungnahme im Rahmen der sich anschliessenden Konsultation über den Berichtsentwurf für die IZA-Botschaft 2020–2023.

Am 3. Juni 2019 hörte die FK eine Rechtsanwältin aus Kasachstan, Bota Jardemalie zur Frage an, ob sich auch die Schweiz nach dem Vorbild des US-„Global Magnitsky Human Rights Accountability Act“ ein Gesetz für gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche für Korruption und Menschenrechtsverbrechen schaffen soll. Diese Frage wird seither von der SP-Fraktion vertieft.

Am 9. September 2019 sprach sich die FK „Für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz im Dienste eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten“ aus und hörte dazu Fachleute aus den EDA an (Regionalkoordinatorin Naher Osten; Abteilung für Grundsatzaufgaben und Analyse MENA-Region sowie den Sonderbeauftragten für Friedensförderung im Nahen Osten). Ferner wirkte Roland Dittli von Swisspeace mit. Als spezielle Gäste diskutierten eine grössere Anzahl von SP-Mitgliedern mit, die sich im Rahmen zivilgesellschaftlicher Initiativen mit der Nahost-Thematik befassen.

Am 2. Dezember 2019 vertiefte die FK dasselbe Thema in Form eines gut besuchten und intensiv arbeitenden Workshops mit dem Ziel, ein konsolidiertes Positionspapier der SP „Für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten“ zu erarbeiten.

*Präsident: Carlo Sommaruga, Vize-Präsident: Martin Naef
Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch*

Subkommission Schweiz – EU

Die von der Fachkommission für Aussenpolitik am 15. Juni 2015 eingesetzte Subkommission Schweiz – EU (SK) traf sich im Berichtszeitraum am 16. Oktober 2018 zu einer letzten Sitzung. Sie nahm dort vom Manifest zum Beitritt der Schweiz zur EU Kenntnis, das eine ad-hoc-Arbeitsgruppe im Auftrag der Subkommission erarbeitet hatte. Die Subkommission dankte der Arbeitsgruppe für die grosse Arbeit und berichtete auch der Fachkommission, dass sie das Ziel der Arbeitsgruppe unterstützt, dieses Manifest namentlich innerhalb der SP möglichst breit und intensiv zu diskutieren.

Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Die Fachkommission (FK) befasste sich im Berichtszeitraum an acht Sitzungen mit folgenden Themen:

Am 13. März 2018 stand die Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 im Zentrum der Diskussion. Botschafterin Mirjana Spoljaric Egger und Sektionschef Flavio Milan aus dem EDA gingen auf die grundsätzlichen Fragen der Kandidatur ein. Zudem zeigten sie anhand eines Beispiels auf, was die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat bewirken kann, nämlich auf dessen Rolle bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der UNO-Missionen für Friedenserhaltung zu den Friedensmissionen zur Friedenskonsolidierung und der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates für die Stärkung der Frauen in Friedensprozessen.

Am 12. Juni 2018 entwickelte die FK zusammen mit SP-Mitglied Fritz Howald das SP-Gegenkonzept zum 8 Milliarden Programm „Air2030“. Dieses Gegenkonzept bildet eine Weiterentwicklung des Positionspapiers der Delegiertenversammlung vom Oktober 2017, das Nein zu neuen Luxus-Kampffjets sagt und eine Nutzungsdauerverlängerung der bestehenden Kampffjetflotte fordert. Die FK erkannte, dass diese Anliegen am besten umgesetzt werden kann, wenn luftpolizeiliche Aufgaben einem leichten, neu zu beschaffenden Kampffjet übertragen werden. Dieser kostet rund fünfmal weniger in der Anschaffung und rund zwanzigmal weniger im Betrieb und sorgt in normalen Zeiten für ausreichend Ordnung im Schweizer Luftraum. Im September 2018 stimmte die Geschäftsleitung einer entsprechenden Stellungnahme der SP zum Vernehmlassungsentwurf zum Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums zu.

Am 25. September 2018 ging die FK auf die Frage ein „Wie die Armeebestände steuern?“ Der Chef Personelles der Armee, Brigadier Markus Rihs, erläuterte der FK die „Stellschrauben“ zur Sicherung der personellen Alimentierung der Armee. Für die FK wurde deutlich, dass die Armee zahlreiche Hausaufgaben nicht gemacht hat und der schamlose Angriff auf den Zivildienst das völlig falsche Instrument bildet, um die Armeebestände angemessen zu sichern.

Am 11. Dezember 2018 befasste sich die FK mit der „Rolle der Zivilgesellschaft zur Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte im Nahen Osten“. Bundesrat Cassis hatte kurz zuvor mit Unterstützung der NZZ einen Angriff auf die bewährten Partner der Schweiz zur Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte in Israel und Palästina gestartet. Botschafterin Heidi Grau aus dem EDA und Roland Dittli von Swisspeace berichteten über die konkrete Arbeit auf diesem Gebiet. Dabei wurde deutlich, dass weltweit Bestrebungen im Gang sind, den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft einzuschränken („shrinking space“), obschon diese in der Menschenrechts- und Versöhnungsarbeit unverzichtbare Beiträge leistet.

Am 19. März 2019 ging es um „Die langfristigen Rahmenbedingungen und Herausforderungen an Verteidigung und Sicherheit“. Martin Krummenacher, der 2010 bis 2015 die SP im Luzerner Kantonsrat vertreten hatte, berichtete über die Methoden, wie der Armeestab die Militärdoktrin weiterentwickelt. Dabei ging er namentlich auf die Frage ein, wie sich der Klimawandel und die Energieversorgung langfristig auf die Sicherheitspolitik auswirken. Für die FK wurde klar, dass nichtmilitärische Herausforderungen inzwischen sicherheitspolitisch weit bedeutender sind als militärische.

Am 18. Juni und 24. September 2019 vertiefte die FK ihre langjährige Arbeit zur Gleichstellungspolitik in der Armee, dem Diversity Management und der Stärkung der Stellung der Frauen. An der

Juni-Sitzung stellte Andrea Rinaldo von der Militärakademie an der ETH Zürich ihre soziologischen Forschungsarbeiten zum Thema vor. In der September-Sitzung berichtete Pálvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik VBS, zusammen mit Michael Vogt von der Streitkräfteentwicklung des VBS über die vom VBS geplanten nächsten Schritte zum Diversity Management und der Stärkung der Stellung der Frauen in der Armee. Die FK diskutierte zudem den Entwurf einer Resolution zum Thema; Ziel ist, dass sich die Partei mit Blick auf angekündigte Berichte des Bundesrats zur Stellung der Frau in der Armee zum Thema positionieren kann.

Am 17. Dezember 2019 hörte die FK Patrick Walder von Amnesty International zur Position der „NGO Plattform Menschenrechte Schweiz“ über die beiden Anti-Terror-Vorlagen für Anpassungen im Strafrecht und für polizeiliche Massnahmen an. Für die FK wurde klar, dass die beiden Vorlagen rechtsstaatlich und grundrechtlich fragwürdige Bestimmungen enthalten. Es darf nicht sein, dass die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus jene Freiheitsrechte einschränkt, die angeblich geschützt werden sollen. Das Geschäft wird im Frühjahr 2020 vom Ständerat und dann vom Nationalrat behandelt.

Präsidentin: Priska Seiler-Graf

Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch

AG Wirtschaftsdemokratie

Die AG Wirtschaftsdemokratie wurde vom Parteipräsidium im November 2013 mit dem Ziel ins Leben gerufen, das Thema Wirtschaftsdemokratie, das im Parteiprogramm der SP Schweiz von 2010 eine äusserst prominente Stellung einnimmt, mit einer längerfristigen Perspektive zu bearbeiten. Politische Forderungen, das Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie die Förderung von Wissen und Debatten zu Wirtschaftsdemokratie gehören zu den Zielen der Arbeitsgruppe. In der Arbeitsgruppe wirkten und wirken verschiedenste Personen mit: von der Nationalrätin über das interessierte SP-Basismitglied bis zum Vertreter der JUSO. Die Zusammensetzung der AG hat sich über die Jahre, auch in Abhängigkeit von den jeweils anstehenden Arbeiten und Projekten, verändert.

Am Parteitag im Dezember 2016 in Thun wurde das Positionspapier „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“ diskutiert und verabschiedet. Das Papier wurde im Rahmen der AG Wirtschaftsdemokratie erarbeitet und basierte auf verschiedenen Vorarbeiten der AG in den Jahren 2014 und 2015 (Recherchen, Tagungen usw.). Rund um den Parteitag resp. das Positionspapier wurde das Thema Wirtschaftsdemokratie in einer breiteren (Medien-)Öffentlichkeit ebenso wie parteiintern diskutiert, oft auch kontrovers. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren zudem an der Ausarbeitung und Umsetzung diverser „Begleitmassnahmen“ beteiligt. Zu nennen sind die illustrierte Broschüre „Mehr Demokratie: Eine Wirtschaft für alle statt für wenige schaffen“ sowie die Broschüre „Commons“, die Website www.wirtschaftsdemokratie.ch oder ein kurzer Film, der am Parteitag gezeigt wurde. Hervorzuheben gilt es weiter das Bildungsmodul Wirtschaftsdemokratie, das seit Ende 2016 zur Verfügung steht und seither durch Sektionen oder Kantonalparteien rege gebucht wurde (die französische Fassung liegt seit Sommer 2017 vor).

Als Teil des Positionspapiers wurde am Parteitag auch die Forderung nach einem Aktionsplan zur Umsetzung verabschiedet. Dieser Aktionsplan wurde in der Arbeitsgruppe erstellt und nach der Verabschiedung durch die Geschäftsleitung an der Delegiertenversammlung vom Oktober 2017 in Olten präsentiert. Der Aktionsplan umfasst die drei Schwerpunkte „Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen“, „Mitbestimmung“ sowie „Service public und Commons“. Pro Schwerpunkt sind jeweils drei Aktionen mit Massnahmen aufgeführt. Bereits 2017 begann die AG Wirtschaftsdemokratie mit der Organisation einer gemeinsamen Fachtagung von SP und Gewerkschaften zum Thema „Mitbestimmung im Unternehmen“, die im Februar 2019 in Bern stattfand.

Nach den Wahlen hat sich die AG Wirtschaftsdemokratie im November zu einem eintägigen, internen Workshop getroffen, wo sie sich auf einen neuen Zeitplan zur Umsetzung der drei Schwerpunkte verständigt sowie inhaltliche Ergänzungen – insb. zum Thema der „Social Economy“ – vorgenommen hat. Die AG Wirtschaftsdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt, Bausteine für eine Transformation der Wirtschaft hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu liefern. Es wurde beschlossen, ausgehend vom Aktionsplan und im Hinblick auf die Frühjahrs-session ein Vorstosspaket mit einigermaßen mehrheitsfähigen Forderungen aus dem Papier aufzubereiten und am 8. März medial zu verbreiten. Die bereits erarbeiteten Vorstösse bewegen sich entlang der Struktur des Aktionsplans. Diese sind „Mitbestimmung“ (Barbara Gysi), „soziales Unternehmertum“ (Eric Nussbaumer) und „Service Public“ (Fabian Molina) und wurden in der zweiten Sessionswoche eingereicht. Die AG hat zudem mit der Organisation einer gemeinsamen Fachtagung zum Thema „Soziales Unternehmertum“ begonnen, die im Herbst 2020 stattfinden soll.

Die AG Wirtschaftsdemokratie hat sich 2018 zu vier, 2019 zu fünf Sitzungen getroffen. Hinzu kamen diverse Treffen von Subgruppen, die an einzelnen Themen und Projekten arbeiteten.

Präsident_in : Barbara Gysi, Fabian Molina

Politischer Fachsekretär : Sandro Liniger

Parteiinterne Bildung in den Jahren 2018 und 2019

Die im Jahr 2014 erstmals durchgeführte SP-Sommeruni ist inzwischen fest etabliert und wird jährlich durchgeführt. Das Grundkonzept wurde in den Jahren beibehalten, aber verschiedene Anpassungen vorgenommen. Seither besuchen jedes Jahr über 130 Personen die Sommeruni im Walliser Bergdorf Chandolin, um über eine grosse Vielfalt an politischen und gesellschaftlichen Themen zu diskutieren.

Im Herbst 2018 fand eine zweitägige Funktionär_innenschulung in Murten statt. Zielgruppe waren ausdrücklich die „Profis“, das heisst die bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonalparteien. Knapp 40 Personen aus der Romandie und der Deutschschweiz nahmen daran teil. Im Zentrum stand die handwerkliche Vorbereitung auf die Wahlen 2019.

Im November 2018 jährte sich der Landesstreik zum hundertsten Mal. In diesem Zusammenhang gab es verschiedene durch die SP mitorganisierte Veranstaltungen. Zudem wurde ein Bildungsmodul erarbeitet und in alle drei Landessprachen übersetzt. Dieses wurde den Kantonalparteien und Sektionen zur selbstständigen Durchführung bereitgestellt.

Für die Nationalratskandidatinnen und -kandidaten gab es im Vorfeld der Wahlen verschiedene Schulungsangebote zu Auftrittskompetenz und Sozialen Medien.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Kantonal- und Stadtparteien trafen sich in den Berichtsjahren an sieben Koordinationskonferenzen. Diese finden jeweils am Vortag der Delegiertenversammlungen der SP Schweiz statt und dienen der optimalen Vernetzung mit der SP Schweiz sowie der Koordination der Aktivitäten im Rahmen von Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Simon Roth, Projektleiter Bildung SP Schweiz

Mitgliederentwicklung

Mitgliederbestände seit 1995

Kanton	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	+/- in %	2017	+/- in %	2018	+/- in %	2019	+/- in %	2020	+/- in %
Aargau	3138	2854	2543	2310	2247	2212	2179	2152	2148	2153	0.2%	2225	3.3%	2303	3.5%	2296	-0.3%	2304	0.3%
Appenzell IR						0	17	20	20	15	-25.0%	16	6.7%	16	0.0%	15	-6.3%	15	0.0%
Appenzell AR	170	159	214	226	233	233	222	213	206	215	4.4%	224	4.2%	219	-2.2%	220	0.5%	224	1.8%
Basel Land	1550	1459	1423	1338	1294	1292	1268	1230	1205	1216	0.9%	1270	4.4%	1271	0.1%	1307	2.8%	1320	1.0%
Basel Stadt	947	936	908	744	848	812	789	764	753	806	7.0%	865	7.3%	899	3.9%	921	2.4%	953	3.5%
Bern	10580	9148	8285	7217	7034	6980	6783	6499	6372	6281	-1.4%	6376	1.5%	6358	-0.3%	6257	-1.6%	6229	-0.4%
Fribourg	814	963	744	782	851	923	973	882	864	897	3.8%	929	3.6%	906	-2.5%	937	3.4%	881	-6.0%
Genève	799	855	767	790	825	873	949	962	934	946	1.3%	993	5.0%	1036	4.3%	1080	4.2%	1055	-2.3%
Glarus	221	222	216	184	177	172	166	169	165	161	-2.4%	160	-0.6%	160	0.0%	162	1.3%	175	8.0%
Graubünden	586	568	600	611	617	617	606	602	618	629	1.8%	637	1.3%	661	3.8%	663	0.3%	705	6.3%
Jura	611	514	486	496	488	485	482	486	485	480	-1.0%	486	1.3%	469	-3.5%	474	1.1%	477	0.6%
Luzern	842	855	831	766	761	779	770	766	787	923	17.3%	1006	9.0%	1081	7.5%	1116	3.2%	1185	6.2%
Neuchâtel	1071	964	970	950	961	934	943	915	888	854	-3.8%	891	4.3%	884	-0.8%	852	-3.6%	852	0.0%
Nidwalden	24	51	41	41	38	38	38	38	43	42	-2.3%	43	2.4%	36	-16.3%	37	2.8%	41	10.8%
Oberrhein	166	245	253	182	179	180	184	189	184	187	1.6%	169	-9.6%	177	4.7%	185	4.5%	185	0.0%
Obwalden	0	109	152	129	145	144	142	129	131	130	-0.8%	123	-5.4%	115	-6.5%	117	1.7%	119	1.7%
Schaffhausen	824	699	650	577	547	531	517	507	501	493	-1.6%	496	0.6%	504	1.6%	490	-2.8%	482	-1.6%
Schwyz	412	397	445	434	418	434	455	452	448	449	0.2%	464	3.3%	478	3.0%	481	0.6%	477	-0.8%
Solothurn	3011	2744	2446	2182	2115	2073	2026	1971	1927	1881	-2.4%	1892	0.6%	1873	-1.0%	1826	-2.5%	1810	-0.9%
St. Gallen	1609	1633	1631	1440	1412	1403	1429	1388	1411	1414	0.2%	1456	3.0%	1454	-0.1%	1485	2.1%	1460	-1.7%
Tessin	1474	1694	1455	1247	1298	1275	1195	1163	1170	1164	-0.5%	1127	-3.2%	1104	-2.0%	1111	0.6%	1099	-1.1%
Thurgau	858	785	743	693	702	669	702	681	687	655	-4.7%	672	2.6%	664	-1.2%	672	1.2%	690	2.7%
Uri	190	187	184	177	178	182	184	184	183	189	3.3%	186	-1.6%	184	-1.1%	188	2.2%	199	5.9%
Valais romand	576	576	594	565	488	487	484	514	589	596	1.2%	629	5.5%	701	11.4%	651	-7.1%	640	-1.7%
Vaud	2107	1980	1700	1952	2053	2103	2037	2015	1965	2025	3.1%	2179	7.6%	2026	-7.0%	1996	-1.5%	1994	-0.1%
Zug	271	240	244	211	209	207	201	209	215	225	4.7%	233	3.6%	235	0.9%	239	1.7%	247	3.3%
Zürich	6159	5830	5661	5144	5108	4996	4871	4815	4854	4948	1.9%	5108	3.2%	5289	3.5%	5370	1.5%	5465	1.8%
SP International								74	85	108	27.1%	118	9.3%	129	9.3%	119	-7.8%	117	-1.7%
SP Schweiz								45	42	40	-4.8%	38	-5.0%	38	0.0%	40	5.3%	35	-12.5%
Schweiz	39010	36667	34186	31388	31226	31034	30612	30034	29880	30122	0.8%	31011	3.0%	31270	0.8%	31307	0.1%	31435	0.4%

Seit 2015 gewinnt die SP kontinuierlich Mitglieder hinzu. War die Zahl der Mitglieder zuvor erstmals unter die Schwelle von 30'000 Mitgliedern gefallen, so zählt die SP Schweiz per 1. Januar 2020 wieder 31'435 Mitglieder. Dieses sehr erfreuliche Wachstum war allerdings in den Jahren 2018 und 2019 geringer als in den Jahren unmittelbar davor. Im Lauf des Jahres 2018 wuchs der Mitgliederbestand der SP nur um 0,1% (oder 37 Mitglieder in absoluten Zahlen). Im Wahljahr 2019 stieg das Wachstum wieder auf 0,4%. Für eine Mitgliederpartei wie die SP ist es absolut zentral, dass sie eine breite Mitgliederbasis hat und in allen Regionen der Schweiz sowie in der gesamten Bevölkerung verankert ist. Darum werden Mitgliederentwicklung und Mitgliederbindung auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der Parteiarbeit sein.

Rebekka Wyler und Michael Sorg, Co-Generalsekretariat SP Schweiz